



Bö/8.53.17

3003 Bern, 29. Oktober 1989

**Bericht über die erste Alpenkonferenz der Umweltminister in Berchtesgaden,
9. - 11. Oktober 1989**

1. Einladung und Teilnehmer *

Die erste Alpenkonferenz der sieben Alpenstaaten Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Liechtenstein, Oesterreich und Schweiz fand auf Einladung des deutschen Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, K. Töpfer, statt. An der Konferenz nahmen überdies teil die Kommission der EG, das EFTA-Sekretariat, das Sekretariat des Europarates, die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, die Arbeitsgemeinschaft der Regionen der Westalpen, die Internationale Alpenschutzkommission (CIPRA) sowie die Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Ressourcen (IUCN).

2. Konferenzarbeit

An der Konferenz wurde der von einer Arbeitsgruppe vorgelegte Resolutionsentwurf intensiv diskutiert und konkretisiert. Die Resolution enthält in der verabschiedeten Fassung 26 Erwägungsgründe sowie 63 Absichtserklärungen und Empfehlungen zu den Bereichen Raumplanung, Luftreinhaltung, Bodenschutz, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Tourismus, Berglandwirtschaft, Bergwald, Verkehr, Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Datengrundlagen, Forschung, Erziehung und Information sowie weitere Zusammenarbeit.

Die Mehrzahl der Delegationschefs konzentrierten sich in ihren Erklärungen auf die ökologischen Themen.

*** Schweizerische Delegation:**

B. Böhlen, Direktor des BUWAL, Chef der Delegation
K. Welte, Generalkonsul, München
A. Antonietti, BUWAL
W. Schmid, DIO
F. Wegelin, BRP
G.C. Vincenz, Präsident der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete



In der schweizerischen Erklärung wurde auf die ökologische, sozio-ökonomische und kulturelle Bedeutung des Alpenraums hingewiesen und die Erhaltung und Entwicklung einer wirtschaftlich und ökologisch gesunden Existenzgrundlage für die im Alpengebiet ansässige Bevölkerung als zentrales Element des Alpenschutzes dargestellt. Es wurde auf das umfangreiche Instrumentarium unseres Landes in den Bereichen wirtschaftliche Förderung, Berglandwirtschaft, Forstwirtschaft, Tourismus, Raumplanung, Umweltschutz, Natur- und Heimatschutz sowie auf die Konzeption zur Lösung der Transitverkehrsprobleme eingegangen.

3. Folgearbeiten

Die Resolution wurde von den 7 Alpenländern (je drei Mitgliedstaaten der EFTA und der EG sowie Jugoslawien) und der Kommission der EG verabschiedet. Es wurde eine Arbeitsgruppe hoher Beamter eingesetzt und dieser die Ausführung eines ersten Arbeitsprogrammes übertragen. Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie Oesterreichs übernimmt im Hinblick auf die voraussichtlich 1991 in Oesterreich stattfindende zweite Alpenkonferenz der Umweltminister die Leitung der Arbeitsgruppe. Aufgabenschwerpunkte sind die Ausarbeitung

- eines Entwurfes zu einer Rahmenkonvention
- von konkreten Vorschlägen für Regelungen, Richtlinien, Grundsätzen in den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege, Tourismus (z.B. Helikopter-skiing, Motorsportveranstaltungen, UVP), Berglandwirtschaft, Verkehr (umweltfreundlichere Lastwagen)
- von Bestandesaufnahmen und Verbesserungsvorschlägen zu Massnahmen in den übrigen Bereichen.
- von Vorschlägen für die verbesserte grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Eine Sitzung der Gruppe hoher Beamter findet bereits am 30. Oktober 1989 in Wien statt. An dieser Sitzung wird der Direktor des BUWAL teilnehmen. Es wird dabei vor allem um die Organisation und Durchführung der Arbeiten gehen. Durch Teilprobleme der Resolution sind ca. 15 Bundesdienststellen betroffen. Nach der Sitzung vom 30. Oktober 1989 wird der Direktor des BUWAL die Bundesdienststellen zu einer Koordinationssitzung einladen.

Der Direktor:



B. Böhlen



Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage
Ufficio federale dell'ambiente, delle foreste e del paesaggio
Uffizi federal d'Ambient, Gaud e Cuntrada

an	Bu							dodis.ch/61339
Datum								
Visa	fm							fm
- 3. NOV. 1989								
F- Post. 43544								

Bö/8.53.17

3003 Bern, 30. Oktober 1989

Verteiler siehe Rückseite

Erste Internationale Alpenkonferenz der Umweltminister
Berchtesgaden, 9. - 11. Oktober 1989

Sie erhalten beiliegend:

- den Bericht der schweizerischen Delegation an der ersten Alpenkonferenz der Umweltminister, die vom 9. - 11. Oktober 1989 in Berchtesgaden stattfand.
- die Resolution dieser Konferenz (d + f + i);
- das erste Arbeitsprogramm für die Gruppe hoher Beamter, die zur Durchführung der Resolution eingesetzt wurde. Es sei in diesem Zusammenhang insbesondere auf das Kapitel 3 (Folgearbeiten) des beiliegenden Delegationsberichtes verwiesen.

Freundliche Grüsse

Der Direktor:

B. Böhlen

Beilagen: erwähnt

Kopie mit Beilagen:

Herrn Gion Clau Vincenz, Präsident der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB), Holunderweg 3, 7000 Chur

- EDA - Politische Abteilung I
 - Europaratsdienst
 - Integrationsbüro
 - Direktion für Internationale Organisationen
 - Direktion für Völkerrecht
- EDI - Generalsekretariat
 - BUWAL
 - . Hauptabteilung Natur- und Landschaftsschutz
 - . Eidg. Forstdirektion
 - . Hauptabteilung Wasser- und Bodenschutz
 - . Landeshydrologie und -geologie
 - Schweiz. Meteorologische Anstalt
 - Bundesamt für Gesundheitswesen
 - Bundesamt für Bildung und Wissenschaft
 - Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf
 - Eidg. Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz, Dübendorf
- EJPD - Bundesamt für Justiz
 - Bundesamt für Polizeiwesen
 - Bundesamt für Raumplanung
- EMD - Zentralstelle für Gesamtverteidigung
- EFD - Eidg. Finanzverwaltung
- EVD - Bundesamt für Aussenwirtschaft
 - Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Dienst für Tourismus
 - Bundesamt für Landwirtschaft
- EVED - Bundesamt für Verkehr
 - Bundesamt für Wasserwirtschaft
 - Bundesamt für Energiewirtschaft
 - Bundesamt für Strassenbau

Schweizerische Botschaften in: Bonn, Wien, Rom, Belgrad, Paris

Schweiz. Generalkonsulate in: München, Mailand, Genua, Zagreb

Schweiz. Delegation bei EFTA und GATT, Genf

Ständige Vertretung beim Europarat, Strassburg

Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel

Regierungen sämtlicher Kantone

Internationale Alpenkonferenz der Umweltminister
Berchtesgaden

9. - 11. Oktober 1989

R E S O L U T I O N

Die für Umwelt- und Naturschutz zuständigen Minister und
Vertreter der Regierungen

der Bundesrepublik Deutschland
der Französischen Republik
der Italienischen Republik
der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
des Fürstentums Liechtenstein
der Republik Österreich
der Schweizerischen Eidgenossenschaft
sowie
der Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

in der Internationalen Alpenkonferenz am 9.-11. Oktober 1989 in
Berchtesgaden

Erwägungsgründe

1. In dem Bewußtsein, daß die Alpen ein durch Natur, Kultur und Geschichte ausgezeichneter Raum im Herzen Europas sind, an dem zahlreiche Völker und Länder teilhaben,
2. Eingedenk der Tatsache, daß die Alpen Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum ihrer eigenen Bevölkerung sind, ohne die dieser Raum nicht auf Dauer erhalten werden kann,
3. In dem Bewußtsein, daß die Schönheit der Alpenlandschaft in Kunst und Wissenschaft ihren Niederschlag gefunden hat und diese Landschaft somit einen wesentlichen Bestandteil des kulturellen Erbes Europas ausmacht,
4. In der Erkenntnis, daß die Alpen der größte zusammenhängende Naturraum Europas, durch einzigartige Schönheit und ökologische Vielfalt geprägt und Träger hochsensibler Ökosysteme sind,
5. In Erwägung des Umstands, daß der Alpenraum im Rahmen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Europas schon in der Vergangenheit eng mit den übrigen Räumen Europas verbunden war und in Zukunft seine verbindende Funktion noch an Bedeutung gewinnen wird,
6. In der Überzeugung, daß ökologische Erfordernisse Vorrang vor ökonomischen Interessen haben müssen, wenn es um essentielle Belange des alpinen Umweltschutzes geht,
7. In Anbetracht der räumlichen Struktur der Alpen, aufgrund deren sich zahlreiche, miteinander häufig konkurrierende Nutzungsansprüche in engen Tälern zusam-

mendrängen und mit ihren Emissionen ein ökologisch bedeutsames Umfeld belasten,

8. In Kenntnis der Tatsache, daß die ständig wachsende Beanspruchung durch den Menschen den Alpenraum in zunehmendem Maße gefährdet, und daß Schäden nicht oder nur mit hohem Aufwand, beträchtlichen Kosten und in der Regel nur in großen Zeiträumen behoben werden können,
9. In dem Bewußtsein, daß die Abwanderung der Bevölkerung aus manchen Regionen der Alpen nicht nur sozio-ökonomische, sondern auch gravierende ökologische Probleme mit sich bringt,
10. In dem Bewußtsein der großen regionalen Unterschiede in den naturräumlichen Gegebenheiten, der staatsrechtlichen Verfassung, der Besiedlung, der Land- und Forstwirtschaft, des Stands und der Entwicklung der Wirtschaft, der Verkehrsbelastung sowie von Art und Intensität der touristischen Nutzung,
11. Angesichts der wechselseitigen Auswirkungen raumbedeutsamer Normen, Planungen und Maßnahmen im Alpenraum oder in vorgelagerten Räumen oder im übrigen Europa gerade im Hinblick auf die besondere Struktur, Belastung und Gefährdung des Alpenraums,
12. In dem Bewußtsein der Notwendigkeit, den wachsenden Belastungen großer Teilräume der Alpen mit raum- und fachübergreifenden Planungen und Maßnahmen, die umweltverträglich zu gestalten sind, vorsorgend zu begegnen,
13. In dem Bewußtsein, daß Art und Intensität der Nutzung des Alpenraumes in weiten Gebieten zu unwiederbringlichen Verlusten an Arten, Biotopen und erhaltenswerten Bestandteilen der Landschaft geführt haben und daß die geringe Belastbarkeit des Alpenraumes besondere Vorkeh-

- 4 -

rungen und Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts erfordert,

14. In der Erkenntnis, daß in einigen Gebieten des Alpenraumes durch eine zu große Konzentration von Erholungssuchenden und Sporttreibenden eine Überbelastung von Natur und Landschaft sowie eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der örtlichen Bevölkerung entstanden ist oder entstehen kann, während in anderen Gebieten die Weiterentwicklung des Tourismus in ökologisch und wirtschaftlich verträglichem Maß befürwortet werden kann,
15. In dem Bewußtsein, daß eine standortgerechte Landwirtschaft über Jahrhunderte zur Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten beigetragen hat, ökologisch verträglich war, die Alpen als Siedlungsraum und Kulturlandschaft geprägt hat und eine notwendige Grundlage auch für die künftige Entwicklung des Alpenraums bildet,
16. Angesichts der Gefahr, daß eine ungünstige landwirtschaftliche Entwicklung für große Alpengebiete einen fortschreitenden Bevölkerungsschwund mit sich bringt,
17. In der Erkenntnis, daß dem alpinen Bergwald als Lebensraum einer artenreichen Flora und Fauna wegen seiner vielfältigen Schutzfunktionen, aber auch wegen seiner Nutz- und Erholungsfunktion eine herausragende Bedeutung zukommt, er diese Funktionen jedoch wegen seiner Schädigungen u.a. durch Schadstoffemissionen aus unterschiedlichen Quellen, durch die drohende Klimaveränderung, durch Wildverbiß und Beweidung nur noch eingeschränkt erfüllen kann,
18. Eingedenk dessen, daß die Alpenregion ein Verkehrsschnittpunkt in Zentraleuropa in Nord-Süd- und West-Ostrichtung ist, und daß das Verkehrsaufkommen durch den Anstieg der Beförderung von Gütern und Personen, durch

die Beliebtheit des Alpenraums als Erholungsgebiet für Kurz- und Langzeiturlauber, die zunehmende Besiedlungsdichte vieler Teilräume und die steigende Motorisierung der Bevölkerung besonders in der jüngsten Vergangenheit erhebliche Ausmaße angenommen hat und daß im alpenquerenden Güterverkehr weitere Steigerungen zu erwarten sind,

19. In der Einschätzung, daß wegen zunehmender Inanspruchnahme von natürlichen und land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen, wegen der Versiegelung von Böden, der Beeinträchtigung der Schutzfunktionen des Bergwaldes und anderer Vegetationsformen wachsende Anforderungen an den Erosionsschutz, den Bodenschutz insgesamt, den Lawinenschutz und an wasserbauliche Maßnahmen gestellt werden,
20. In der Erkenntnis, daß der Alpenraum besondere Bedeutung für die Versorgung auch der Bevölkerung außeralpiner Gebiete mit Trinkwasser hat,
21. In der Erkenntnis, daß die wachsenden zivilisatorischen Nutzungen des Alpenraumes zunehmende Anstrengungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung, zur Abwasserbehandlung und zur Vermeidung und Entsorgung von Abfällen verlangen,
22. In Ansehung des Umstandes, daß die ökologischen Funktionen des Alpenraumes durch Schadstoffe aus unterschiedlichen Quellen, insbesondere auch aus alpenfernen Quellen, gestört sind,
23. In Würdigung
 - der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 17. Mai 1988 zur Konvention zum Schutz des Alpenraumes,
 - der von der Internationalen Alpenschutzkommission

- 6 -

(CIPRA) vorgelegten Vorschläge,

- der Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (ARGE ALP) vom 9. Juni 1989,

24. In Würdigung und Anerkennung der erzielten Erfolge und Bemühungen der Alpenstaaten auf allen Politik-, Planungs- und Verwaltungsebenen, der Europäischen Gemeinschaften, des Europarates, der Organisationen der Vereinten Nationen, der bi- und multilateralen Beratungs- und Koordinierungsgremien, insbesondere der Arbeitsgemeinschaften für die Alpen,
25. Unter Berücksichtigung der Beiträge, die die nationalen Verbände und Organisationen sowie deren Zusammenschlüsse auf internationaler Ebene, speziell die Internationale Alpenschutzkommission (CIPRA) und die Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) geleistet haben,
26. In der übereinstimmenden Beurteilung, daß die Leistungen und Bemühungen zur Erfassung der Ursachen und Auswirkungen der Belastungen im gesamten Alpenraum noch nicht ausreichen oder die einschlägigen Informationen den zuständigen Behörden und Institutionen noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, um der wachsenden Belastung des Alpenraumes wirksam zu begegnen;

Operationaler Teil

Allgemeines

27. Bekunden ihre Absicht, zur Sicherstellung einer ganzheitlichen Politik die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Alpenraum räumlich und fachlich zu erweitern und in ihrer Intensität zu verstärken, wobei sie der Zusammenar-

beit in den Arbeitsgemeinschaften Alpenländer, Alpen-Adria und Westalpengebiete große Bedeutung beimessen,

28. Halten es für erforderlich, alle Formen der Zusammenarbeit zu nutzen unter Einschluß der Bereitstellung von Daten, der Erweiterung der wissenschaftlichen Grundlagen, des Vollzugs bestehender Gesetze und deren Anpassung an die regionalen Erfordernisse und - je nach dem Ergebnis weiterer Prüfung - der Erarbeitung verschärfter, alpenspezifischer nationaler oder internationaler Regelungen,
29. Weisen darauf hin, daß zum Schutz des Alpenraumes neben zusätzlichen Vorkehrungen in spezifischen Bereichen auch eine umfassende Umweltpolitik mit effizienten nationalen und internationalen Maßnahmen in generellen Bereichen wie Luftreinhaltung, Gewässer- und Bodenschutz, Abfallvermeidung und -entsorgung oder umweltgerechte Energieproduktion und -verwendung unerläßlich ist,
30. Geben dem übereinstimmenden Willen Ausdruck, bei raumbedeutsamen Normen, Planungen und Maßnahmen im grenznahen Bereich jeweils die räumlichen Auswirkungen jenseits ihrer Grenzen mitzuberücksichtigen und zu diesem Zweck die zuständigen Behörden betroffener Gebiete rechtzeitig zu informieren und zu konsultieren,
31. Stimmen überein, daß die organisatorischen Bedingungen und die personelle Ausstattung für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben zur langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen des Alpenraums verbessert werden sollten,
32. Halten es für notwendig, die Zusammenarbeit in Bezug auf den Alpenraum in seiner Gesamtheit in den bestehenden staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zu intensivieren und zu prüfen, wie die erforderliche darüber

- 8 -

hinausgehende Intitutionalisierung der Zusammenarbeit erfolgen soll,

33. Halten es für erforderlich, die Gesamtentwicklung im Alpenraum und die Verwirklichung der Ziele dieser Resolution in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und hierüber zu berichten;

Raumplanung

34. Sind der Überzeugung, daß zur langfristigen Sicherung des Lebens-, Natur- und Wirtschaftsraums Alpen das raumplanerische Instrumentarium zur vorausschauenden Koordination der vielfältigen Nutzungsansprüche verstärkt eingesetzt werden muß,
35. Halten es für erforderlich, Grundsätze der Raumordnung aufzustellen, in denen die wichtigsten Belange der räumlichen Gesamtentwicklung der Alpen aufgezeigt werden,
36. Bekräftigen ihren Willen, durch raumplanerische Maßnahmen die Entwicklung von Siedlungen und Infrastrukturen mit der Erhaltung des grundlegenden ökologischen Gleichgewichts in Übereinstimmung zu bringen; dabei ist unter Berücksichtigung der Belange der einheimischen Bevölkerung und zur Vorbeugung gegen natürliche Risiken
- dem Schutz von natürlichen Lebensräumen,
 - den Erfordernissen einer harmonischen Entwicklung und des Landschaftsschutzes,
 - dem Erfordernis einer landschaftsgerechten Bauweise sowie
 - dem sparsamen Flächenverbrauch

bereits bei der Erstellung von Flächennutzungsplänen Rechnung zu tragen und eine weitere Zersiedlung der Landschaft zu stoppen,

37. Erwarten die Konkretisierung der Raumordnungsgrundsätze in überörtlichen und örtlichen fachübergreifenden Programmen und Plänen mit verbindlichen Zielen der Raumordnung, z.B.

- zur Siedlungsentwicklung, insbesondere zur Ausweisung geeigneter Siedlungsräume,
- zur Freihaltung gefährdeter Gebiete,
- zur Freihaltung möglichst weiter Gebiete von großtechnischer Erschließung
- zur Schaffung großräumiger Schutz- und Ruhezone,
- zur Sicherung des Wohnbedarfs der örtlichen Bevölkerung,
- zur Verhinderung einer Überlastung durch Zweitwohnsitze
- zur Freihaltung der Abflußräume von Gewässern,
- zur integrierten Verkehrsentwicklung sowie
- zu Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft,

38. Halten die Aufstellung von Landschaftsprogrammen und -plänen als zu integrierende Teile der überörtlichen und örtlichen fachübergreifenden Programme und Pläne für erforderlich,

39. Halten es für erforderlich, raumwirksame Einzelvorhaben einer raumordnerischen Prüfung unter verstärkter und umfassender Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit zu unterziehen, wobei die sensible spezifische Situation der Alpen durch Erweiterung des Kreises UVP-pflichtiger Projekte voll zu berücksichtigen sind,

40. Setzen sich dafür ein, daß die Beachtung der Erfordernisse der Raumordnung und des Umweltschutzes durch Aufnahme entsprechender Klauseln in die fachlichen Regelungen sichergestellt wird,

- 10 -

41. Halten es für notwendig, daß eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation sowie ein Katalog der erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen baldmöglichst, spätestens bis zur nächsten Internationalen Alpenkonferenz der Umweltminister, erarbeitet werden,
42. Halten es für erforderlich,
- Inhalt und Verfahren der raumordnerischen grenzüberschreitenden Koordinierung verbindlich festzulegen,
 - zu prüfen, inwieweit im übrigen die Raumplanung Gegenstand verbindlicher Festlegungen sein soll;

Luftreinhaltung

43. Sind übereinstimmend der Auffassung, daß zur weiteren drastischen Reduzierung der Luftverunreinigung
- im Hinblick auf den weiträumigen Transport der Luftschadstoffe vor allem mit Rücksicht auf die Auswirkungen in den Höhenlagen der Alpen über die Vorgaben der im Rahmen des Genfer Übereinkommens über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung für SO_2 und NO_x getroffenen Festlegungen hinaus ein weiteres gemeinsames entschlossenes Vorgehen auf europäischer Ebene notwendig ist,
 - im Hinblick auf die im Alpenraum selbst verursachten Luftverunreinigungen insbesondere die nach dem jeweiligen Stand der Technik bestmögliche Reduktion der Schadstoffemissionen in möglichst kurzer Zeit notwendig ist,

- 11 -

- und daß zur Verminderung der Luftverunreinigung und als Beitrag zur Verringerung des für das sensible Alpengebiet möglicherweise besonders gefährlichen Treibhauseffektes sparsamer und effizienter mit den fossilen Energieträgern umzugehen ist,

44. Halten zur besseren Erfassung der Schadstofftransporte durch die Luft eine stärkere Berücksichtigung der Oberflächengestalt, der klimatologischen und meteorologischen Bedingungen der Alpen und ihrer Darstellung in Simulationsmodellen für erstrebenswert,
45. Halten es für geboten, baldmöglichst eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation einschließlich einer Bilanzierung der grenzüberschreitenden Schadstofftransporte sowie einen Katalog kurz- und mittelfristiger Maßnahmen zu erarbeiten und bei den zuständigen nationalen und internationalen Institutionen auf dessen Verwirklichung hinzuwirken;

Bodenschutz

46. Sind der Überzeugung, daß bei allen Bodennutzungen, insbesondere bei der weiteren Siedlungsentwicklung und bei Infrastrukturmaßnahmen ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden geboten und zudem die Anwendung bodenschonender land- und forstwirtschaftlicher Produktionstechniken notwendig sind,
47. Sind übereinstimmend der Auffassung, daß Maßnahmen zu ergreifen sind, durch die insbesondere
- der Bodenschutz dadurch gewährleistet wird, daß der Bodenerhaltung sowie dem Bodenschutz zuträgliche Wirtschaftsaktivitäten, wie eine standortgerechte Land- und

- 12 -

Forstwirtschaft, im gesamten Alpenraum aufrechterhalten werden,

- Überschwemmungen, Muren, Lawinen, Hangrutschungen verhindert werden,
 - die Vegetationsdecken erhalten und auf erodierten Flächen soweit möglich und sinnvoll wiederhergestellt werden,
48. Halten es für notwendig, daß eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation sowie ein Katalog der erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden,
49. Halten es für geboten, daß Bodenkataster nach gemeinsamen bzw. vergleichbaren Kriterien errichtet werden,
50. Halten es für erforderlich, daß zum Schutz des Bodens gemeinsame Leitlinien und Grenzwerte erarbeitet und verbindlich festgelegt werden;

Wasserhaushalt

51. Geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß im Hinblick auf spezifische alpenbezogene Erfordernisse der Wasserversorgung, des Gewässerschutzes und der Erhaltung naturnaher Gewässer
- die Versiegelung von Flächen und sonstige den Wasserabfluß verstärkende und beschleunigende Maßnahmen auf ein Mindestmaß zu beschränken sind,
 - naturnahe und ökologisch verträgliche Techniken für wasserbauliche Maßnahmen anzuwenden und weiterzuentwickeln sind,

- 13 -

- die Renaturierung und Revitalisierung von Fließgewässern und Seen zu fördern sind,
- naturnahe Fließgewässer und Seen grundsätzlich in ihrem Zustand zu belassen und unter Schutz zu stellen sind,

52. Halten es für geboten, daß im Alpenraum

- die Nutzung der Wasserkraft,
- die Entnahme und die Speicherung von Wasser,
- die Entnahme von Material aus Gewässern

nur nach umfassender ökologischer Prüfung und nur in ökologisch vertretbarer Weise, insbesondere unter Sicherstellung einer ökologisch begründeten Mindestwassermenge, erfolgen darf; ökologisch besonders sensible Gebiete müssen grundsätzlich von derartigen Nutzungen freigehalten werden,

53. Halten es für unumgänglich,

- den Schutz des Grundwassers und der Gewässer zu gewährleisten und wo möglich zu verstärken und ihre Schadstoffbelastung insbesondere durch Nährstoffe und Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln drastisch zu reduzieren,
- verstärkte Anstrengungen zum sparsamen Gebrauch von Wasser und damit auch zur Verringerung des Abwasseranfalls zu unternehmen; das anfallende Abwasser ist durch eine Abwasserbehandlung nach dem besten Stand der Technik zu reinigen; auf mittlere Frist müssen alle ge-

- 14 -

schlossenen Siedlungen in den Alpen an Kläranlagen solchen Standards angeschlossen werden; die anfallenden Klärschlämme müssen einer ökologisch unschädlichen Entsorgung zugeführt werden, für die ökologisch begründete Vorsorgewerte festzulegen und einzuhalten sind,

54. Halten es für geboten, der Erhaltung eines intakten Ökosystems Alpen als bedeutendes Trinkwasserreservoir bei allen Maßnahmen Rechnung zu tragen und ausreichend große und wo erforderlich auch grenzüberschreitende Wasserschutz- und Schongebiete zu schaffen,
55. Halten es für notwendig, daß eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation sowie ein Katalog der erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden,
56. Halten es für geboten, geeignete Festlegungen in verbindlicher Weise zu treffen;

Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere Schutzgebiete, Arten- und Biotopschutz

57. Geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß im Hinblick auf den Naturschutz und die Landschaftspflege
- die Aufstellung verbindlicher Grundsätze über Naturschutz und Landschaftspflege im Alpenraum dringend notwendig ist,
 - eine flächendeckende Biotopkartierung nach vergleichbaren Methoden und Maßstab zu erstellen und laufend fortzuschreiben ist, auf deren Grundlage die schutzwürdigen Biotope unter dauerhaften Schutz gestellt werden müssen,

- 15 -

- die Forschung über Ausmaß und Ursachen des Arten- und Biotopschwundes und zur Wiederherstellung, Entwicklung und Pflege von Biotopen zu verstärken und zu koordinieren ist,
- Artenschutzprogramme mit verbindlichen Zielen und konkreten Maßnahmen zu erarbeiten sind, um die biologische Vielfalt zu erhalten,
- ein repräsentatives Netz von Schutzgebieten mit vergleichbaren Schutzzinhalten im gesamten Alpenraum unter besonderer Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Zusammenhänge auszuweisen ist,
- eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation sowie ein Katalog der erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen zu erarbeiten ist,
- die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege mit grenzüberschreitender Bedeutung soweit nötig über die bereits bestehenden internationalen Verpflichtungen hinaus verbindlich festgelegt werden sollten;

Tourismus

58. Stimmen überein, daß die Entwicklung des Fremdenverkehrs und der touristisch genutzten Infrastruktur mit den Erfordernissen des Schutzes von Natur und Umwelt, gesunder Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der einheimischen Bevölkerung sowie einer ausgewogenen Entwicklung für den Alpenraum in seiner Gesamtheit in Übereinstimmung gebracht werden muß,
59. Sind der Auffassung, daß besonders umweltschädliche Formen der touristischen Nutzung eingeschränkt oder unterbunden und solche touristischen Aktivitäten gefördert werden sollten, die die natürlichen Lebensgrundlagen möglichst wenig beeinträchtigen,

60. Vereinbaren, zur Erreichung dieser Ziele zusammenzuarbeiten, insbesondere bei der Ausweisung großflächiger Zonen, in denen jede touristische Erschließung unzulässig ist, beim Verzicht auf weitere Erschließung von Gletschergebieten und besonders empfindlichen Ökosystemen und Landschaftsteilen, sowie bei der Reduzierung von Belastungen durch Wintersportanlagen und belastende Freizeitaktivitäten; dies schließt ein Verbot besonders umweltbelastender Freizeitaktivitäten mit ein,
61. Halten es für erforderlich, einen weiteren Ausbau der touristischen Infrastruktur nur nach besonders strenger Prüfung der Raum- und Umweltverträglichkeit zuzulassen, wobei ein solcher - qualitativer - Ausbau möglichst auf bestehende Zentren zu beschränken ist und es einer ausgewogenen Konzeption für den Alpenraum in seiner Gesamtheit bedarf,
62. Halten es für notwendig, daß eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation sowie ein Katalog der erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden,
63. Halten es für geboten, die erforderlichen Festlegungen verbindlich zu treffen;

Berglandwirtschaft

64. Sind der Auffassung, daß die Ausübung der Berglandwirtschaft und die dörfliche Besiedlung in einer den alpinen Standortbedingungen angepaßten Form zur Erhaltung und zum Schutz der Kulturlandschaft des Alpenraumes langfristig zu gewährleisten ist und daß neben allgemeinen Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen besondere Vorkehrungen getroffen werden, die den besonderen ökologischen

- 17 -

Erfordernissen und erschwerten Wirtschaftsbedingungen der jeweiligen Alpenregion Rechnung tragen,

65. Messen in diesem Zusammenhang den nicht produktionsgebundenen Direktzahlungen als Abgeltung insbesondere für ökologische und landeskulturelle Leistungen eine herausragende Bedeutung zu,
66. Halten die Bereitstellung zusätzlicher Erwerbsquellen auf dem Bauernhof oder in zumutbarer Entfernung und einen umweltgerechten Ausbau der Infrastruktur für notwendig,
67. Vereinbaren, sich gegenseitig über den bisherigen Rahmen hinaus über ihre Maßnahmen und Planungen regelmäßig zu unterrichten, um eine möglichst weitgehende Koordinierung ihrer Maßnahmen zur Förderung einer standortgerechten und umweltverträglichen Landwirtschaft in den Alpengebieten zu erreichen,
68. Halten es für notwendig, daß eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation sowie ein Katalog der erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden;

Bergwald

69. Sind der Überzeugung, daß neben der drastischen Reduzierung der Luftverunreinigungen insbesondere folgende weitere Maßnahmen erforderlich sind, um die alpinen Bergwälder in der Weise zu erhalten und zu entwickeln, daß sie ihre Funktionen erfüllen können, wobei der Schutzfunktion Vorrang vor anderen Funktionen zukommt:

- Milderung des Schadensverlaufs und Stärkung der Widerstandskraft der Waldökosysteme durch naturnahen Waldbau, insbesondere durch standortgerechte Baumartenwahl, frühzeitige Pflege, Sanierung von erosionsgefährdeten Stand-

- 18 -

orten und Verjüngung verlichteter und überalterter Waldbestände..

- Schaffung der Voraussetzungen zur natürlichen Waldverjüngung, z.B. durch Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses von Wald und Wild, Trennung von Wald und Weide und erforderlichenfalls Beschränkung der touristischen Nutzung,
- Verstärkte Abstimmung des forstlichen Wegebaus und der Wegenutzung mit den Erfordernissen von Natur und Landschaft,
- Begrenzung des Verbrauchs von Waldflächen für Siedlungs-, Industrialisierungs-, Verkehrs- oder touristische Zwecke und erforderlichenfalls eine Ausdehnung der Waldflächen,
- Verbesserung der betrieblichen Rahmenbedingungen der Forstbetriebe insbesondere in Zusammenarbeit mit der Berglandwirtschaft zur Förderung des Holzabsatzes und der Holzverwertung sowie zur Erhaltung der gewachsenen Beschäftigungsstrukturen;

Verkehr

70. Sind übereinstimmend der Meinung, daß im Hinblick auf die Verkehrssituation und die künftig zu erwartende Steigerung des Verkehrsaufkommens weitere Maßnahmen kurz- und längerfristiger Art getroffen werden müssen, die insbesondere zum Ziel haben,

- die Belastungen für Menschen und Umwelt durch Verkehr in den Alpen und durch die Alpen zu verringern,

- 19 -

- die Entwicklung und schnellstmögliche Einführung verbesserter Systeme zur weiteren Emissionsminimierung aller Arten von motorisierten Fahrzeugen nach dem jeweiligen Stand der Technik voranzubringen,
 - alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Angebots von umweltschonenden öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere in Siedlungszentren und Tourismusgebieten, und zur Vergrößerung der Akzeptanz öffentlicher Verkehrsmittel auszuschöpfen,
 - möglichst große Teile des alpenquerenden Güterverkehrs künftig auf der Schiene und im kombinierten Verkehr abzuwickeln und hierzu die erforderlichen Schritte zum Ausbau der vorhandenen und Schaffung zusätzlicher leistungsfähiger Eisenbahntransversalen und ausreichender Verladeterminals an Standorten, die ein frühzeitiges Verladen auf die Schiene ermöglichen, umgehend zu ergreifen und dieses Transportsystem unter Einsatz aller Möglichkeiten zu fördern und attraktiver zu gestalten,
 - Modelle verstärkter Koordinierung der Verkehrsträger zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit, zur Rationalisierung der Verkehrsbedienung und zur Verringerung des Verkehrsaufkommens zu beraten,
71. Fordern die für Verkehr zuständigen Stellen der Alpenstaaten sowie die Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf, diesen Notwendigkeiten bei den laufenden internationalen Verkehrsverhandlungen nachdrücklich Rechnung zu tragen,
72. Betonen die Notwendigkeit gemeinsamen abgestimmten Vorgehens im Bereich des Verkehrs unter Berücksichtigung der Belange aller beteiligten Staaten und der Integration Europas,

- 20 -

73. Halten es für notwendig, daß eine vergleichende Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation sowie ein Katalog der erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden,
74. Sind übereinstimmend der Meinung, daß möglichst schnell eine umfassende Konzeption für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen und Verkehrssysteme erarbeitet und verwirklicht werden soll, wobei die allgemeinen umweltpolitischen Belange unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Alpenraumes sowie die überregionalen und regionalen Bedürfnisse in die verkehrspolitischen Entscheidungen zu integrieren sind,
75. Halten es für erforderlich, daß die Kontrollbestimmungen für den Transport und die Lagerung von gefährlichen Gütern verschärft und Technologien entwickelt werden, bei denen möglichst wenig gefährliche Stoffe anfallen oder Verwendung finden;

Energieversorgung

76. Stimmen darin überein, daß weitere Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung, des Einsatzes schadstoffarmer Energiequellen sowie der Entwicklung und des Einsatzes regenerativer Energiequellen im Alpenraum erforderlich sind,
77. Halten es für notwendig, daß vor dem Bau weiterer Kraftwerke im Alpenraum deren Auswirkungen auf die Umwelt umfassend untersucht werden, um geeignete Maßnahmen zur weitestgehenden Verringerung von negativen Umweltauswirkungen treffen zu können,
78. Betonen, daß dem Problem der landschaftsschonenden Energieverteilung insbesondere durch Stromversorgungsleitungen im Alpenraum besondere Beachtung beizumessen ist,

- 21 -

79. Halten es für erforderlich, daß verbindliche allgemeine Leitlinien zur Bereitstellung umweltfreundlicher Energie aus der Sicht der Luftreinhaltung sowie des Natur- und Landschaftsschutzes und für einen ökologisch verträglichen Ausbau der Wasserkraft im Alpenraum aufgestellt und ein gemeinsamer Katalog von Maßnahmen zur Verwirklichung der Leitlinien erarbeitet wird;

Abfallwirtschaft

80. Sind der Auffassung, daß die Entwicklung einer den besonderen topographischen, geologischen und klimatischen Bedürfnissen des Alpenraumes angepaßte Abfallerfassung, Abfallverwertung und Abfallentsorgung voranzutreiben ist,
81. Sind übereingekommen, größere Anstrengungen für die Bewältigung von Altlasten zu unternehmen und dafür mehr Mittel einzusetzen,
82. Vereinbaren, zur Vermeidung unkontrollierter grenzüberschreitender Abfallverbringung die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren;

Datengrundlagen

83. Halten es für erforderlich,
- die Informationen über den Zustand und die Entwicklung der Umwelt und der Strukturen im Alpenraum zu erweitern und zu vertiefen,
 - die Europäische Umweltagentur nach ihrem Aufbau für den gesamten Alpenraum zu nutzen, um zu abgestimmten Datengrundlagen zu gelangen; die Errichtung eines Subzentrums

- 22 -

der Umweltagentur im Alpenraum wird für erforderlich angesehen,

- mit Hilfe vergleichbarer Meßmethoden unter Einschluß biologischer Indikatoren und unter Berücksichtigung der Kompatibilität mit bereits vorhandenen Einrichtungen und Verfahren, wie z.B. dem EG-CORINE-Programm, vergleichbare Daten bereitzustellen,
- die Meßergebnisse zur alpenübergreifenden Auswertung bereitzuhalten und auszutauschen,
- in gegenseitiger Abstimmung und Zusammenarbeit moderne Technologien zur Erfassung und Auswertung von Umweltdaten zu nutzen,
- näheres in einer Konzeption administrativer Zusammenarbeit festzulegen;
- die Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen auch hierfür zu nutzen,

Forschung, Umwelterziehung und Umweltinformation

84. Halten eine Bestandsaufnahme der alpenbezogenen Forschung in den beteiligten Ländern für erforderlich in Verbindung mit einer Analyse, in welchen Fachbereichen die Forschung zu intensivieren ist, inwieweit der Ausbau vorhandener oder die Errichtung neuer Forschungseinrichtungen aus der Sicht der Alpenforschung geboten ist und wieweit es im Interesse der Koordinierung einer verstärkten interdisziplinären und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bedarf;
85. Beabsichtigen, im Zusammenhang mit der Bestandsaufnahme durch verbindliche Festlegungen und abgestimmte organisatorische Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß

- 23 -

- alpenbezogene Forschungsergebnisse und laufende Forschungsvorhaben dokumentiert werden,
 - mit Hilfe moderner technischer Einrichtungen und geeigneter Institutionen ein Überblick über die Träger alpenbezogener Forschung, vorhandene Forschungsergebnisse und laufende Forschungsvorhaben vermittelt werden kann,
 - verstärkte Kontakte der Forschungseinrichtungen und der Behörden zur Erleichterung von Entscheidungen über neue alpenbezogene Forschungsvorhaben, ihre Dringlichkeit, Finanzierung und Koordinierung beitragen,
86. Sind der Auffassung, daß die Erwachsenenbildung, die Umwelterziehung an den Schulen und die Information vor allem über Kultur und Umwelt in den unterschiedlichen Sprach- und Kulturkreisen des Alpenraums verstärkt werden müssen;

Konsequenzen und Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit

87. Stimmen überein, daß unter Berücksichtigung der in dieser Resolution festgelegten Grundsätze zum Schutz der Umwelt und zur Erhaltung des Lebensraumes Alpen eine Rahmenkonvention erarbeitet werden soll, in deren Rahmen schrittweise verbindliche Regelungen u.a. für folgende Bereiche getroffen werden:
- Raumplanung
 - Bodenschutz
 - Wasserhaushalt
 - Naturschutz und Landschaftspflege
 - Tourismus
 - Verkehr
 - Energieversorgung,

- 24 -

88. Beschließen, eine Arbeitsgruppe hoher Beamter einzusetzen, deren Aufgabe es insbesondere ist,

- Maßnahmen und Empfehlungen zur Realisierung der in dieser Resolution enthaltenen Forderungen zu erarbeiten,
- Modalitäten der erforderlichen Bestandsaufnahmen zu entwickeln,
- einen Entwurf der Rahmenkonvention zu erarbeiten;

die Arbeitsgruppe kann Untergruppen einsetzen,

89. Danken der Bundesrepublik Deutschland für die Veranstaltung der ersten Internationalen Alpenkonferenz der Umweltminister und begrüßen das Angebot der Regierung der Republik Österreich, die Leitung dieser Arbeitsgruppe zu übernehmen und im Jahre 1991 zu einer zweiten Internationalen Alpenkonferenz der Umweltminister einzuladen.

Conférence Internationale sur Les Alpes
des Ministres de L'Environnement
Berchtesgaden
9 - 11 octobre 1989

R E S O L U T I O N

Les ministres et représentants des Gouvernements de

La République fédérale d'Allemagne

La République française

La République italienne

La République fédérale socialiste de Yougoslavie

La Principauté du Liechtenstein

La République d'Autriche

La Confédération helvétique

ainsi que

La Commission des Communautés Européennes

réunis à Berchtesgaden Les 9 - 11 octobre 1989 dans Le
cadre de La Conférence Internationale sur La Protection des
Alpes,

Motifs

1. Conscients que Les Alpes constituent au coeur de L'Europe, de par leur nature, leur culture et leur histoire, un espace privilégié auquel ont part nombre de peuples et de pays,
2. Attendu que Les Alpes sont le l'espace vital, économique et culturel d'une population qui leur est propre, population sans laquelle cet espace ne saurait être préservé de façon durable,
3. Considérant que la beauté des sites alpins, consacrée par les arts et les sciences, fait de ceux-ci un élément majeur du patrimoine culturel de L'Europe,
4. Reconnaissant que Les Alpes représentent le plus vaste espace naturel cohérent en Europe, d'une beauté et d'une diversité écologique uniques en leur genre et présentant des écosystèmes d'une finesse extrême,
5. Considérant que l'milieu alpin, dans le cadre de l'organisation économique et sociale de L'Europe, était déjà dans le passé étroitement associé aux autres espaces européens, et que son rôle de lien va encore gagner en importance à l'avenir,
6. Convaincus que les exigences écologiques doivent avoir la priorité sur les intérêts économiques lorsqu'il s'agit de préoccupations vitales de la protection de l'environnement alpin,
7. Compte tenu de la structure spatiale des Alpes, qui fait que nombre d'entreprises d'exploitation, souvent concurrentes, veulent s'y établir les unes à côté des autres dans des vallées étroites et, avec leurs émissions portent un préjudice considérable au milieu,
8. Sachant bien que l'intensification continue de son exploitation par l'homme menace de plus en plus gravement l'espace alpin et qu'il ne sera pas possible de réparer les dommages causés ou alors que cela ne pourra se faire que moyennant des dépenses considérables et seulement dans des délais en général fort longs,
9. Conscients que l'exode de la population de certaines régions alpines n'entraîne pas seulement des problèmes sociaux-économiques mais aussi de graves problèmes écologiques,

10. Conscients des grandes différences existant d'une région à l'autre dans les conditions géographiques naturelles, les structures juridiques nationales, la population, l'économie rurale et forestière, l'état et le développement de l'économie, la densité du trafic, ainsi que dans la nature et l'intensité de l'exploitation touristique,
11. Compte tenu de la répercussion mutuelle des effets produits par les normes, mesures et projets d'aménagement importants pour l'environnement du territoire, adoptés dans l'espace alpin ou dans les zones avoisinantes ou dans le reste de l'Europe, et ayant justement trait à la structure, à la charge de nuisances et au péril menaçant propres à l'espace alpin,
12. Conscients de la nécessité de lutter, dans un souci de prévention, contre la charge croissante de pollution dans de grandes portions de l'espace alpin, au moyen de mesures et de projets d'aménagement non limités à certains secteurs géographiques ou techniques et conçus dans un esprit de compatibilité avec l'environnement,
13. Conscients de ce que la nature et l'intensité de l'exploitation de l'espace alpin dans de vastes zones ont abouti à des pertes irré récupérables en espèces, en biotopes et en éléments du paysage méritant d'être conservés, et que la faible capacité de tolérance de l'espace alpin requiert des mesures et des dispositions particulières destinées à maintenir et à restaurer la capacité de l'équilibre naturel,

14. Reconnaissant que, dans certaines zones de l'espace alpin, une trop forte fréquentation touristique a provoqué ou risque de provoquer une surcharge de la nature et du paysage, ainsi qu'une spécialisation excessive de l'économie locale, alors que dans d'autres zones la poursuite du développement du tourisme peut être encouragée dans une mesure tolérable sur le plan écologique et économique,
15. Conscients de ce qu'une exploitation des terres bien adaptée aux conditions locales a contribué pendant des siècles à assurer la diversité des espèces animales et végétales, a été supportable du point de vue de l'écologie, a fait des Alpes un domaine d'habitat et un paysage cultivé et qu'elle constitue également une base indispensable au développement futur de l'espace alpin,
16. Etant donné le risque que fait courir à de vastes territoires alpins la disparition progressive de toute présence humaine due à une évolution défavorable de l'agriculture,
17. Reconnaissant que la forêt alpine, en sa qualité d'habitat riche en espèces animales et végétales, compte tenu de ses multiples fonctions protectrices, mais aussi de sa fonction économique et de son utilité pour la détente, revêt une importance primordiale; qu'elle ne peut toutefois continuer à remplir ces fonctions que de manière restreinte en raison des dommages qu'elle a subis notamment sous l'action des émissions de substances nocives de sources diverses, des changements du climat menaçants, des dégâts provoqués par le gibier et par les pacages,

18. Attendu que la région alpine constitue, au centre de l'Europe, un carrefour où se croisent les axes de circulation nord-sud et est-ouest et que, du fait de l'accroissement du transport des marchandises et des personnes, de l'attrait de l'espace alpin comme lieu de repos de courte ou de longue durée pour les vacanciers, de la densité croissante du peuplement dans divers secteurs géographiques et de la motorisation accrue de la population, le trafic a considérablement augmenté en particulier depuis ces derniers temps, de nouvelles augmentations étant encore à prévoir dans le transport des marchandises à travers les Alpes,
19. Estimant que de l'utilisation renforcée des surfaces naturelles, agricoles ou forestières utilisables, de l'imperméabilisation des terrains, etc., la dégradation des fonctions protectrices de la forêt alpine et d'autres formes de végétation résultent des exigences croissantes en matière de protection contre l'érosion, de protection des sols en général, de protection contre les avalanches et des constructions hydrauliques,
20. Reconnaissant que l'espace alpin revêt également une importance particulière pour l'alimentation en eau potable des populations extra-alpines,
21. Reconnaissant que l'exploitation croissante de l'espace alpin pour les besoins de la civilisation moderne rend nécessaires des efforts accrus dans le domaine de la préservation des ressources en eau, du traitement des eaux usées, de la lutte contre la production de déchets et de la gestion des déchets,
22. Eu égard au fait que les fonctions écologiques de l'espace alpin sont perturbées par des substances polluantes provenant de sources diverses, souvent même de sources situées loin des Alpes,

23. Saluant

- La résolution par laquelle Le Parlement européen, Le 17 mai 1988, s'est prononcé en faveur d'une convention pour la protection de L'espace alpin,
- Les propositions présentées par La Commission Internationale pour La Protection des Régions Alpines (CIPRA),
- Les décisions adoptées Le 9 juin 1989 par La Communauté de travail des Etats des régions alpines, (ARGE-ALP),

24. Saluant et reconnaissant Les résultats acquis et Les efforts déployés par Les Etats alpins à tous Les niveaux de La politique, de La planification et de L'administration, ceux des Communautés européennes, du Conseil de L'Europe, des Organisations des Nations Unies, des Comités bi- et multilatéraux de consultation et de coordination, en particulier des groupes de travail sur Les Alpes,

25. Eu égard aux contributions apportées par Les associations et organisations nationales ainsi que par Leurs unions au niveau international, notamment La Commission Internationale pour La Protection des Régions Alpines (CIPRA) et L'Union Internationale pour La Conservation de La Nature et des Ressources Naturelles (IUCN),

26. Jugent unanimement que Les efforts déployés en vue de dresser un inventaire des causes et des effets des pollutions dans L'ensemble de L'espace alpin ne suffisent pas encore ou ne sont pas encore suffisamment mis à La disposition des autorités et institutions compétentes pour Lutter efficacement contre La pollution croissante de L'espace alpin,

Partie opérationnelle

Généralités

27. Manifestent leur intention, en vue d'assurer une politique globale, de développer et d'intensifier, sur les plans géographique et technique, la coopération transfrontalière au profit des régions alpines, en accordant une attention particulière à la coopération entre les régions au sein des communautés de travail des pays alpins, Alpes-Adria, et régions alpines occidentales,
28. Jugent nécessaire d'utiliser toutes les formes de coopération, y compris la mise à disposition de données, l'élargissement des bases scientifiques, l'application des lois existantes et leur adaptation aux nécessités régionales, et - en fonction des résultats d'un examen ultérieur - l'élaboration de réglementations nationales et internationales spécifiquement alpines plus rigoureuses,
29. Signalent que pour la protection de l'espace alpin, outre des mesures additionnelles dans les domaines spécifiques, il est également indispensable une politique globale en matière de protection de l'environnement comprenant des mesures énergiques nationales et internationales dans les domaines généraux comme la préservation de l'atmosphère, la protection des eaux et du sol, la réduction et l'évacuation des déchets ou la production et l'utilisation écologique de l'énergie,
30. Expriment leur volonté unanime de tenir compte à chaque fois des conséquences géographiques au-delà de leurs frontières, des normes, projets et mesures importantes pour l'espace dans les régions frontalières et, à cette fin, d'informer et de consulter en temps opportun les autorités compétentes des régions concernées,

31. Sont d'accord pour estimer qu'il conviendrait d'améliorer l'organisation et de renforcer les effectifs pour assumer les missions territoriales afin d'assurer à long terme les bases d'un développement durable de l'espace alpin,
32. Jugent nécessaire d'intensifier dans les institutions étatiques et non-étatiques existantes la coopération relative à l'espace alpin dans son ensemble et d'examiner les modalités d'une institutionnalisation ultérieure nécessaire de la coopération,
33. Considèrent qu'il est nécessaire de procéder à une observation régulière de l'évolution de l'espace alpin et à une évaluation de la mise en oeuvre des objectifs de la présente résolution et de communiquer les résultats de cette observation,

Aménagement du territoire

34. Sont convaincus que pour préserver à long terme l'espace vital, naturel et économique des Alpes, il est nécessaire de développer l'utilisation des instruments d'aménagement du territoire afin de coordonner de manière prévoyante les diverses demandes d'utilisation,
35. Jugent utile d'élaborer des principes en matière d'aménagement du territoire mettant en évidence les intérêts essentiels du développement territorial global des Alpes,
36. Affirment leur volonté de concilier, grâce à des mesures d'aménagement du territoire, le développement de l'habitat et des infrastructures et la préservation des équilibres naturels fondamentaux; à cet égard, il convient de prendre en considération les besoins de la population locale et de prévenir les risques naturels en tenant compte
- de la protection des espaces naturels,
 - des exigences d'un développement harmonieux et de la préservation des paysages,
 - de l'exigence de l'intégration harmonieuse des constructions dans les sites,
 - ainsi que de l'utilisation économe des sols,
- et ceci dès l'élaboration des schémas directeurs d'aménagement et d'urbanisme pour arrêter l'éparpillement excessif de l'habitat,

37. Envisagent de matérialiser des principes d'aménagement du territoire dans des programmes et des plans supralocaux et locaux non limités à des secteurs techniques, comportant des objectifs en matière d'aménagement du territoire, par ex., en ce qui concerne
- Le développement des établissements humains, notamment la délimitation d'espaces appropriés pour l'habitat
 - La protection durable de zones menacées,
 - L'exclusion dans des zones aussi vastes que possible d'aménagements techniques d'envergure,
 - La création de grandes zones de protection et de repos,
 - La garantie du besoin en habitations de la population locale
 - La prévention d'une trop forte concentration en résidences secondaires et
 - La sauvegarde d'espaces d'écoulement des eaux,
 - Le développement intégré des transports,
 - La protection, l'entretien et le développement de la nature et du paysage,
38. Jugent nécessaire de mettre en place des programmes et des plans en matière de paysage comme partie intégrante des programmes et des plans supralocaux et locaux non limités à des secteurs techniques,
39. Jugent nécessaire d'examiner, sur la base des schémas globaux d'aménagement du territoire, les projets spécifiques ayant une influence sur l'aménagement du territoire, en prenant davantage en compte, et sous tous ces aspects, l'impact de ces projets sur l'environnement, tout en tenant pleinement compte de la situation sensible spécifique des Alpes en élargissant le groupe de projets devant faire l'objet d'une étude d'impact,
40. Préconisent que le respect des exigences de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement soit assuré par l'adoption de clauses appropriées dans les réglementations techniques,

41. Jugent nécessaire de dresser, aussitôt que possible et au plus tard pour la prochaine Conférence Internationale sur Les Alpes des Ministres de L'Environnement, un état comparatif de la situation actuelle et un catalogue des mesures d'amélioration nécessaires,

42. Jugent nécessaire

- de définir dans des dispositions ayant force obligatoire le contenu et les modalités de la coordination transfrontalière en matière d'aménagement du territoire,
- d'étudier dans quelle mesure l'aménagement du territoire doit par ailleurs faire l'objet de dispositions ayant force obligatoire,

Préservation de l'atmosphère

43. Sont d'avis unanime que pour réduire encore de manière rigoureuse la pollution atmosphérique
- en ce qui concerne le transport à grande distance de polluants atmosphériques, en tenant compte particulièrement de leurs effets dans les régions alpines à grande altitude, une démarche ultérieure résolue commune est nécessaire au niveau européen au-delà des dispositions prises dans le cadre de la Convention de Genève relative à la pollution atmosphérique transfrontalière à grande distance pour le dioxyde de soufre et le NO_x ,
 - en ce qui concerne la pollution atmosphérique née dans les Alpes eux-mêmes, il est notamment nécessaire de réduire le plus rapidement possible, selon le dernier état de la technique, les émissions de polluants, et que pour réduire la pollution atmosphérique et contribuer à une réduction de l'effet de serre, probablement particulièrement dangereux pour l'espace alpin sensible, il s'impose d'utiliser les sources d'énergie fossiles de façon plus économe et efficace,
44. Considèrent qu'il est souhaitable, en vue d'un meilleur contrôle des transports de polluants par l'atmosphère, de tenir davantage compte de la structure de la surface alpine, des conditions climatologiques et météorologiques dans les Alpes et de leur représentation dans des modèles de simulation,
45. Considèrent qu'il importe d'élaborer le plus rapidement possible un état comparatif de la situation actuelle y compris un bilan des transports transfrontaliers des substances nocives, ainsi qu'un catalogue de mesures à court et moyen terme et d'agir auprès des institutions nationales et internationales compétentes en vue de la mise en oeuvre de celles-ci,

Protection des sols

46. Sont convaincus que pour toutes les utilisations des sols et tout particulièrement pour le développement ultérieur de l'habitat et des infrastructures une utilisation économe de la terre et des sols s'impose et que l'application des techniques de production agricole et sylvicole ménageant les sols est nécessaire,
47. Sont unanimement d'avis qu'il y a lieu d'adopter des mesures permettant:
- d'assurer la protection des sols par le maintien partout dans les Alpes d'activités économiques qui, comme une agriculture et une sylviculture tenant compte des conditions locales, contribuent positivement à l'entretien et à la conservation des sols,
 - d'empêcher les inondations, les boues, les avalanches, les glissements de terrain,
 - de préserver la couverture végétale et de la restaurer sur les terrains érodés dans la mesure du possible et du raisonnable,
 - de préserver la couverture végétale et de la restaurer sur les terrains érodés,
48. Jugent nécessaire de dresser un état comparatif de la situation actuelle ainsi qu'un catalogue des mesures d'amélioration nécessaires,
49. Considèrent qu'il importe d'appliquer des critères communs ou comparables pour l'inscription des risques au niveau de la parcelle,
50. Considèrent qu'il convient d'élaborer en commun des directives et des valeurs limites pour la protection des sols et de les rendre obligatoires,

Régime des eaux

51. Expriment leur conviction que compte tenu des besoins spécifiques d'approvisionnement en eau de l'espace alpin, de la protection des cours d'eau, du traitement des eaux usées et de la protection contre les crues et du maintien des eaux courantes,

- L'imperméabilisation des surfaces et les autres mesures renforçant et accélérant l'écoulement des eaux doivent être limitées au minimum,
- des techniques proches des conditions naturelles et écologiquement admissibles doivent être utilisées et perfectionnées pour les opérations de construction hydraulique,
- il y a lieu de promouvoir la rénaturalisation et la révitailisation d'eaux courantes et de lacs,
- il y a lieu de maintenir au maximum l'état des eaux courantes et de lacs naturels et de les protéger,

52. Jugent absolument nécessaire que dans l'espace alpin

- L'utilisation de l'énergie hydraulique
- Les prélèvements d'eau et le stockage d'eau
- Le prélèvement de matériaux dans les rivières

ne peuvent être effectués qu'après une étude écologiquement approfondie et dans des conditions écologiquement acceptables notamment en assurant une quantité minimale d'eau écologiquement justifiée; dans des régions particulièrement sensibles du point de vue écologique ce type d'utilisations doit être interdit,

53. Jugent indispensable

- de renforcer et d'assurer la protection des eaux souterraines et de réduire sensiblement la pollution notamment organique et par les résidus de pesticides,
- de faire des efforts accrus pour économiser l'eau et pour réduire la quantité des eaux usées; les eaux usées doivent être épurées selon le meilleur état de la technique; à moyen terme, toutes les agglomérations urbaines dans les Alpes sont à raccorder à des installations d'épuration de telles normes; les boues d'épuration sont à éliminer de façon écologiquement non-nocive tout en fixant et respectant des valeurs de prévention écologiquement justifiées,

54. Jugent absolument nécessaire

- de tenir compte, dans toute la mesure du possible, de la conservation d'un système écologique intact dans les Alpes en tant que réservoir indispensable d'eau potable et de créer des régions de protection des eaux suffisamment étendues que, en cas de besoin, peuvent être transfrontalières,

55. Jugent nécessaire de dresser un état comparatif de la situation actuelle ainsi qu'un catalogue des mesures d'amélioration nécessaires,

56. Considèrent qu'il importe de prendre des dispositions appropriées ayant force obligatoire,

Protection de la nature et entretien du paysage,
notamment en ce qui concerne les zones protégées,
La protection des espèces et des biotopes

57. Expriment Leur conviction qu'en ce qui concerne la protection de la nature et l'entretien du paysage,
- il y a urgence de fixer des principes obligatoires relatifs à la protection de la nature et à l'entretien du paysage dans l'espace alpin.
 - il y a lieu d'établir selon des méthodes et critères comparables, une cartographie des biotopes couvrant toute la zone et de tenir celle-ci à jour et sur la base de laquelle les biotopes à protéger doivent faire l'objet d'une protection durable,
 - il est nécessaire d'intensifier et de coordonner les recherches sur l'étendue et les causes de la disparition d'espèces et de biotopes aux fins de restaurer, développer et entretenir les biotopes,
 - il est nécessaire d'établir des programmes de sauvegarde des espèces contenant des objectifs obligatoires et des mesures concrètes en vue de préserver la diversité biologique,
 - il est nécessaire d'établir un réseau représentatif de zones protégées auxquelles sont appliquées des dispositions de protection comparables dans tout l'espace alpin, en tenant particulièrement compte des effets transfrontaliers,
 - il y a lieu de dresser un état comparatif de la situation actuelle ainsi qu'un catalogue des mesures d'amélioration nécessaires,
 - il est nécessaire de créer, au-delà des instruments internationaux existants et en cas de besoin, un nouvel instrument obligatoire définissant les intérêts de la protection de la nature et de l'entretien du paysage ayant une importance transfrontalière,

Tourisme

58. Sont d'accord sur le fait que le développement du tourisme et des infrastructures utilisées pour le tourisme doit être adapté aux impératifs de la protection de la nature et de l'environnement, à l'exigence de conditions de vie et d'évolution économique favorable à la population locale ainsi qu'à un développement équilibré de l'espace alpin dans son ensemble,
59. Sont d'avis qu'il convient de limiter ou de faire cesser des formes d'exploitation touristique particulièrement nuisibles pour l'environnement et d'encourager les activités touristiques qui portent le moins possible atteinte au cadre de vie naturel,
60. Conviennent de coopérer pour atteindre ces objectifs, notamment en ce qui concerne la délimitation de vastes zones, dans lesquelles chaque aménagement touristique est interdit, la renonciation à un équipement ultérieur des glaciers ainsi que la réduction des atteintes à l'environnement dues aux installations de sports d'hiver et à de nouvelles activités de loisirs, ceci comprend la défense d'activités de loisir entraînant des pollutions particulières,
61. Jugent nécessaire d'admettre une extension ultérieure de l'infrastructure touristique seulement après une étude d'impact extrêmement détaillée. Une telle extension - qualitative - est à limiter à des centres existants et doit s'inscrire dans le cadre d'une conception équilibrée pour l'ensemble de l'espace alpin,

62. Estiment nécessaire de dresser un état comparatif de la situation actuelle ainsi qu'un catalogue des mesures d'amélioration nécessaires,
63. Considèrent qu'il convient de prendre les dispositions nécessaires obligatoires,

Agriculture de montagne

64. Sont d'avis qu'il est nécessaire d'assurer à long terme l'agriculture de montagne et l'habitat rural, sous une forme adaptée aux conditions alpines locales en vue de conserver et de protéger des paysages cultivés des régions alpines et que, au-delà des mesures générales visant à l'amélioration des conditions de base, il y a lieu de prendre des dispositions particulières tenant compte des exigences écologiques spécifiques et de l'aggravation des conditions économiques de la région alpine concernée,
65. Attachent à cet égard une importance particulière aux paiements directs non liés à la production comme compensation de réalisations écologiques et culturelles nationales,
66. Estiment nécessaire d'offrir des sources de recettes supplémentaires aux fermes et aux endroits situés à une distance raisonnable et de développer les infrastructures d'une manière qui respecte l'environnement,
67. Conviennent de se tenir régulièrement informés, au-delà des cadres actuels, sur leurs mesures et leurs projets afin d'obtenir la coordination la plus large possible des mesures prises pour favoriser une agriculture bien adaptée aux conditions locales du site et de l'environnement,
68. Jugent nécessaire de dresser un état comparatif de la situation actuelle ainsi qu'un catalogue des mesures d'amélioration nécessaires,

69. Sont convaincus qu'outre une réduction radicale des pollutions atmosphériques, les nouvelles mesures suivantes sont particulièrement nécessaires afin de conserver et de développer les forêts de montagne alpines de manière à ce qu'elles puissent remplir leurs fonctions, tout en attachant une priorité à la fonction protectrice par rapport à d'autres fonctions:
- ralentissement de l'évolution des dommages et renforcement de la capacité de résistance des écosystèmes forestiers grâce à une sylviculture proche des conditions naturelles, en particulier grâce à une sélection d'essences forestières adaptée au sites, à un traitement précoce des arbres, à l'assainissement de sites menacés d'érosion et à la régénération des peuplements clairsemés ou vieillissants ;
 - création des préalables en vue d'une régénération naturelle des forêts, par ex. en rétablissant un équilibre entre forêt et gibier, en séparant forêts et pacages, et si nécessaire, en limitant l'exploitation touristique ;
 - adaptation renforcée de la construction de routes forestières et de leur utilisation aux exigences de la nature et du paysage ;
 - limitation de l'affectation des terrains boisés à des fins d'habitat, d'équipement industriel, de transports ou de tourisme, et si nécessaire, extension des zones forestières ;
 - amélioration des conditions-cadres des entreprises forestières notamment en coopérant avec l'agriculture de montagne en vue de promouvoir la vente et l'utilisation des bois ainsi que de préserver les structures d'emploi existantes ;

Transports

70. Sont de l'avis unanime que, compte tenu de la situation actuelle des transports et de l'accroissement prévisible du trafic, de nouvelles mesures devront être adoptées, à court ou long terme, ayant en particulier pour objectif,
- de réduire les charges pour l'homme et l'environnement découlant du trafic dans et à travers les Alpes,
 - d'activer le développement et l'introduction la plus rapide possible de systèmes améliorés visant à limiter davantage les émissions de tous les types de véhicules motorisés en fonction de l'état de la technique du moment,
 - d'exploiter toutes les possibilités d'améliorer l'offre de moyens de transports en commun préservant l'environnement, en particulier dans les agglomérations et les régions touristiques et les possibilités d'accroître l'acceptation des moyens de transports en commun,
 - d'effectuer à l'avenir la plus grande partie possible du trafic des marchandises traversant les régions alpines par voie ferroviaire et par transport combiné et d'entreprendre à cet effet sans délai les démarches requises pour l'extension des voies existantes et la création de nouvelles lignes transversales à haute capacité ainsi que de terminaux de chargement suffisants dans des sites permettant le chargement précoce sur la voie ferroviaire, et de promouvoir et de rendre plus attractif ce système de transport par tous les moyens,

- de délibérer sur des modèles d'une coordination renforcée des modes de transport afin d'en accroître l'efficacité, de rationaliser la desserte et de rechercher une réduction du trafic,

71. Demandent aux autorités des Etats alpins compétentes en matière de transports ainsi qu'à la Commission des Communautés européennes de tenir expressément compte de ces nécessités lors des négociations internationales en cours en matière de transports,
72. Soulignent la nécessité d'une démarche commune coordonnée dans le secteur des transports tenant compte des intérêts de tous les Etats intéressés et de l'intégration européenne,
73. Estiment nécessaire de dresser un état comparatif de la situation actuelle ainsi qu'un catalogue des mesures d'amélioration nécessaires,
74. Sont unanimement d'avis qu'il convient d'élaborer et de mettre en oeuvre le plus rapidement possible un schéma global de développement des réseaux de communication et des systèmes de transport transfrontaliers, tout en intégrant les intérêts de la protection de l'environnement ainsi que les besoins suprarégionaux et régionaux aux décisions prises en la matière,
75. Jugent nécessaire de renforcer les prescriptions de contrôle de transport et de stockage de marchandises dangereuses et de développer des technologies produisant ou utilisant le moins possible des substances dangereuses,

Alimentation en énergie

76. Estiment d'un commun accord que de nouvelles mesures sont nécessaires afin de promouvoir les économies d'énergie, une utilisation rationnelle de l'énergie, le recours à des sources d'énergie peu polluantes ainsi que le développement et l'emploi de sources d'énergie renouvelables dans l'espace alpin,
77. Jugent nécessaire qu'avant de construire de nouvelles centrales dans l'espace alpin leur impact sur l'environnement doit être examiné globalement afin de pouvoir prendre des mesures permettant la réduction maximale d'effets négatifs sur l'environnement,
78. Soulignent la nécessité d'attacher une attention particulière à la distribution de l'énergie, notamment par les lignes d'alimentation en courant ménageant le paysage dans l'espace alpin,
79. Estiment nécessaire d'élaborer des directives générales obligatoires pour la mise à disposition d'une énergie peu polluante du point de vue de la préservation de l'atmosphère ainsi que de la protection de la nature et du paysage et pour le développement de l'énergie hydraulique écologiquement tolérable dans l'espace alpin ainsi que d'établir un catalogue commun de mesures visant à la mise en œuvre de ces directives.

Gestion des déchets

80. Sont d'avis qu'il conviendrait d'encourager le développement de la collection, réutilisation et évacuation de déchets adaptées aux besoins topographiques, géologiques et climatiques particuliers de l'espace alpin,
81. Sont convenus de tout mettre en oeuvre pour l'assainissement des déchets existants et d'employer davantage de moyens à cette fin,
82. Conviennent d'intensifier la coopération internationale aux fins d'éviter l'acheminement transfrontalier non-contrôlé de déchets,

Bases de données

83. Jugent nécessaire

- d'accroître et d'approfondir les informations sur l'état et l'évolution de l'environnement et des structures dans l'espace alpin,
- d'utiliser, après sa création, l'Agence européenne de l'environnement pour l'ensemble de l'espace alpin, afin d'obtenir des bases de données harmonisées; l'instauration d'une sous-direction de l'Agence européenne de l'environnement dans l'espace alpin est jugée nécessaire,
- de mettre à disposition des données comparables à l'aide d'instruments et de méthodes de mesure, y compris les indicateurs biologiques et en tenant compte de la compatibilité de dispositifs et méthodes existants comme p.ex. le programme CE-CORINE,
- de tenir à disposition et échanger les résultats de mesures aux fins d'une évaluation non limitée aux Alpes,
- d'utiliser dans le cadre d'une coordination et d'une coopération mutuelles, des technologies modernes visant à collectionner et évaluer les données en matière d'environnement,
- de fixer les détails d'un projet de coopération administrative,
- d'utiliser également à cette fin la coopération avec les organisations non-étatiques,

Recherche, éducation en matière d'environnement

84. Jugent nécessaire un inventaire des recherches liées aux Alpes dans les Etats participants, une identification des disciplines où la recherche doit être intensifiée, une évaluation de la mesure dans laquelle l'extension d'institutions de recherche existantes ou la création de nouvelles institutions s'impose du point de vue de la recherche sur les Alpes et de la mesure dans laquelle une coopération interdisciplinaire et transfrontalière accrue est nécessaire dans l'intérêt de la coordination,
85. Envisagent d'assurer, en ce qui concerne cet inventaire, moyennant des dispositions et des mesures organisationnelles harmonisées
- la documentation de résultats des recherches liées aux Alpes et de projets de recherche en cours,
 - la possibilité de fournir une information à l'aide d'installations techniques modernes et d'institutions appropriées, sur les laboratoires de recherches liées aux Alpes, sur des résultats existants de recherches et des projets de recherches en cours,
 - que par des contacts renforcés des institutions de recherche et des autorités seront facilitées des décisions concernant de nouveaux projets de recherche sur les Alpes, leur urgence, leur financement et leur coordination,
86. Sont d'avis qu'il y a lieu de renforcer la formation des adultes, l'éducation en matière de l'environnement dans les écoles et l'information, concernant notamment la culture et l'environnement dans les différentes communautés de langue et de culture de l'espace alpin,

Conséquences et perspectives pour La coopération ultérieure

87. Sont d'accord que, compte tenu des principes définis dans la présente résolution en vue de protéger et sauvegarder l'espace vital "Alpes", il convient d'élaborer une convention dans le cadre de laquelle seront prises successivement des dispositions contraignantes, entre autres pour les domaines suivantes:
- aménagement du territoire
 - protection des sols
 - régime des eaux
 - protection de la nature et entretien du paysage
 - tourisme
 - transports
 - alimentation en énergie
88. Décident de mettre en place un groupe de travail de hauts fonctionnaires ayant particulièrement pour mission
- d'établir des mesures pour satisfaire aux revendications contenues dans la présente résolution
 - d'élaborer des modalités pour dresser les inventaires nécessaires
 - d'élaborer un projet de convention-cadre;
- Le groupe de travail peut instaurer des sous-groupes,
89. Remercient la République fédérale d'Allemagne d'avoir organisé la première Conférence Internationale sur les Alpes des Ministres de l'Environnement et se félicitent de l'offre du Gouvernement de la République d'Autriche d'assumer la présidence du groupe de travail susmentionné et d'inviter à une deuxième Conférence Internationale sur les Alpes des Ministres de l'Environnement qui aura lieu en 1991.

Conferenza Internazionale delle Alpi
dei Ministri dell'Ambiente
Berchtesgaden
9 - 11 ottobre 1989

R I S O L U Z I O N E

I Ministri responsabili per la protezione dell'ambiente e
della natura dei governi

della Repubblica Federale Tedesca

della Repubblica Francese

della Repubblica Italiana

della Federazione delle Repubbliche Socialiste di Jugoslavia

del Principato del Liechtenstein

della Repubblica Austriaca

della Confederazione Elvetica

come pure

la Commissione delle Comunità Europee,

nel corso della Conferenza Internazionale delle Alpi svoltasi
dal 9 all'11 ottobre 1989 a Berchtesgaden

Considerazioni

1. Nella consapevolezza che le Alpi sono un'area situata nel cuore dell'Europa caratterizzata da natura, cultura e storia comune di numerosi popoli e paesi,
2. Memori del fatto che le Alpi sono lo spazio vitale ed economico della propria popolazione, senza la quale quest'area non potrà essere salvaguardata nel lungo termine,
3. Nella consapevolezza che la bellezza del paesaggio alpino ha trovato i suoi riflessi nelle arti e scienze rappresentando a questo modo una componente essenziale del retaggio culturale dell'Europa,
4. Riconoscendo che le Alpi sono il maggiore complesso naturale d'Europa caratterizzato da straordinaria bellezza e molteplicità ecologica, e allo stesso tempo la base di ecosistemi altamente sensibili,
5. In considerazione del fatto che nell'ambito dell'ordinamento economico e sociale europeo lo spazio alpino già in passato era strettamente collegato con le altre aree europee e che in futuro aumenterà ancora l'importanza della sua funzione di collegamento,
6. Nella convinzione che le esigenze ecologiche devono essere prioritarie rispetto a quelle economiche quando trattasi degli interessi essenziali di tutela dell'ambiente alpino,
7. In considerazione della struttura geografica delle Alpi, che vede concentrarsi in strette valli numerose e spesso concorrenti istanze di utilizzazione le cui emissioni

hanno un impatto ecologicamente significativo sul territorio,

8. Riconoscendo il fatto che il crescente utilizzo antropico mette in pericolo in misura sempre crescente lo spazio alpino e che i danni sono eliminabili soltanto con grande impegno, notevoli costi e, di regola, in tempi molto lunghi,
9. Nella consapevolezza che l'esodo della popolazione da alcune regioni delle Alpi non comporta solo problemi socio-economici ma anche gravi implicazioni ecologiche,
10. Nella consapevolezza delle grandi differenze regionali nelle condizioni naturali, la costituzione di diritto pubblico, gli insediamenti, l'economia agricola e forestale, il livello e lo sviluppo dell'economia, l'impatto del traffico come pure il tipo e l'intensità dell'utilizzazione turistica,
11. Considerate le conseguenze interattive di norme, progetti e misure rilevanti per il territorio alpino o le zone antistanti o la restante Europa, proprio in vista della particolare struttura, del degrado e del pericolo per la regione alpina,
12. Nella consapevolezza della necessità di prevenire il crescente degrado di ampie zone parziali delle Alpi con progetti e interventi di tipo ecologico a livello territoriale e interdisciplinare,
13. Nella consapevolezza che il tipo e l'intensità di utilizzazione dell'area alpina hanno portato in vaste zone a perdite irrecuperabili di specie, biotopi e componenti paesistici degni di essere conservati, e che

la limitata suscettività dell'area alpina richiede particolari precauzioni e interventi volti a conservare e ricostituire l'efficienza del bilancio naturale,

14. Riconoscendo che in alcune zone dell'area alpina l'eccessiva concentrazione delle attività turistico-ricreative e sportive ha generato o può generare un impatto eccessivo sulla natura e sul paesaggio come pure una dipendenza economica unilaterale della popolazione locale, mentre in altre zone si può sostenere il potenziamento del turismo gestito in misura ecologicamente ed economicamente compatibile,
15. Nella consapevolezza che un'attività agricola confacente ai siti ha contribuito nei secoli alla molteplicità delle specie animali e vegetali, era ecologicamente compatibile, ha caratterizzato le Alpi come spazio insediativo e paesaggio culturale, formando una base necessaria anche per lo sviluppo futuro della regione alpina,
16. Alla luce del pericolo che deriva per ampie zone alpine dallo spopolamento progressivo come risultato di uno sviluppo agricolo sfavorevole,
17. Riconoscendo che il bosco alpino, quale ambiente vitale di una molteplicità delle specie nella flora e fauna, riveste una straordinaria importanza per le sue molteplici funzioni protettive, ma anche per la sua funzione economica e ricreativa, che tuttavia è in grado di assolvere a questa funzione soltanto limitatamente a causa dei danni subiti, tra l'altro, dalle emissioni inquinanti di fonti diverse, da incombenti mutamenti climatici, dai danni causati dalla selvaggina e dalla pastorizia,

18. Memori del fatto che la regione alpina è un punto di incrocio del traffico europeo in direzione nord-sud ed ovest-est, che nel recente passato il volume di traffico è aumentato notevolmente a seguito della crescita dei trasporti di merci e persone, della popolarità dell'area alpina in quanto zona ricreativa per turismo e escursionismo, della crescente densità insediativa di numerosi spazi parziali, e della crescente motorizzazione, e visto che sono prevedibili ulteriori incrementi del traffico di merci valicante le Alpi,
19. Valutando che il crescente utilizzo di superfici naturali e di utilizzazione agroforestale, l'impermeabilizzazione dei terreni, il pregiudizio alla funzione protettiva del bosco alpino e di altre forme vegetative pongono crescenti istanze alla difesa dall'erosione, alla protezione dei suoli nel loro complesso, alla difesa dalle valanghe ed agli interventi idraulici,
20. Riconoscendo che la regione alpina riveste una particolare importanza per l'approvvigionamento di acqua potabile anche per le popolazioni di regioni extra-alpine,
21. Considerando che le recenti utilizzazioni civilizzatorie delle regioni alpine necessitano di maggiori sforzi per assicurare l'approvvigionamento idrico e il trattamento degli scarichi, come pure la ridotta produzione di rifiuti ed il loro smaltimento,
22. In considerazione del fatto che le funzioni ecologiche della zona alpina sono turbate da sostanze inquinanti di fonti diverse, in particolare anche di fonti distanti dalle Alpi,

23. Nel rispetto
- della risoluzione 17 maggio 1988 del Parlamento Europeo relativa alla Convenzione per la tutela della regione alpina,
 - delle proposte presentate dalla Commissione Internazionale per la Protezione delle Regioni Alpine (CIPRA)
 - delle decisioni 9 giugno 1989 della Comunità di lavoro delle Regioni Alpine (ARGE ALP),
24. Nel rispetto e riconoscimento dei successi conseguiti e degli sforzi compiuti dagli Stati dell'area alpina a tutti i livelli politici, pianificatori ed amministrativi, dalle Comunità Europee, dal Consiglio d'Europa, dalle Organizzazioni delle Nazioni Unite, dagli organi consultivi e coordinatori bilaterali e multilaterali, in particolare dalle Comunità di lavoro per le Alpi,
25. Tenuto conto degli apporti conferiti dalle associazioni e organizzazioni nazionali e dalle loro unioni a livello internazionale, in particolare dalla Commissione Internazionale per la Protezione delle Regioni Alpine (CIPRA) e dall'Unione Internazionale per la Conservazione della Natura e delle risorse naturali (UICN),
26. Nel concorde giudizio che i lavori e gli sforzi volti a rilevare le cause e gli effetti del degrado ambientale nell'intera regione alpina non sono ancora sufficienti ovvero le rispettive informazioni non sono ancora a disposizione in misura sufficiente delle autorità ed istituzioni competenti per poter affrontare efficacemente il crescente inquinamento della regione alpina;

Parte operativa

Linee generali

27. Manifestano la loro intenzione, al fine di garantire una politica globale, di ampliare gli spazi ed i campi della collaborazione internazionale per l'area alpina e di potenziarne l'intensità, attribuendo una notevole importanza alla collaborazione con le Comunità di lavoro delle Regioni Alpine, Alpe-Adria e delle Alpi Occidentali,
28. Ritengono necessario avvalersi di ogni forma di collaborazione, compresi la messa a disposizione di dati, l'ampliamento delle basi scientifiche, l'esecuzione delle leggi esistenti ed il loro adattamento alle esigenze regionali e - in funzione del risultato di un'ulteriore verifica - l'elaborazione di più severe regolamentazioni nazionali o internazionali specifiche per l'area alpina,
29. Fanno presente che per la protezione dell'arco alpino è indispensabile, oltre alle precauzioni integrative in campi specifici, anche una complessa politica ambientale con efficienti interventi nazionali ed internazionali in settori generali quali tutela dell'aria dall'inquinamento, difesa delle acque e del suolo, riduzione della produzione di rifiuti e loro smaltimento, oppure produzione e utilizzo ecologico di energia,
30. Esprimono la volontà concorde di considerare nelle norme, pianificazioni ed iniziative aventi conseguenze per l'assetto territoriale delle zone di frontiera anche gli effetti territoriali oltreconfine, e quindi di informare e consultare tempestivamente a questo proposito le autorità competenti delle zone interessate,

31. Convengono che dovrebbero essere migliorate le strutture organizzative e la dotazione di personale per la attuazione dei compiti sovrani al fine di assicurare a lungo termine le basi di vita naturali dell'area alpina,
32. Ritengono necessario intensificare la collaborazione riguardante l'area alpina nel suo complesso in seno alle esistenti organizzazioni statali e non, ed esaminare le modalità della necessaria maggiore istituzionalizzazione della collaborazione,
33. Ritengono necessario verificare a intervalli periodici l'evoluzione complessiva nell'area alpina e la realizzazione degli obiettivi della presente Risoluzione, e riferire in merito;

Assetto territoriale

34. Sono della convinzione che, per tutelare a lungo termine lo spazio vitale, naturale ed economico delle Alpi, è necessario impegnare in misura maggiore gli strumenti della pianificazione territoriale per coordinare a priori le molteplici istanze di utilizzazione,
35. Ritengono necessario formulare principi di assetto territoriale che estrinsechino gli interessi salienti dello sviluppo complessivo delle Alpi,
36. Confermano la loro volontà di mettere in sintonia, attraverso interventi di assetto territoriale, lo sviluppo di insediamenti ed infrastrutture con la conservazione dell'equilibrio ecologico di base; tenendo al riguardo conto degli interessi della popolazione locale e prevenendo rischi naturali è necessario

considerare già in sede di elaborazione dei piani regolatori generali

- la tutela degli spazi vitali naturali,
- le istanze di uno sviluppo armonioso e della protezione del paesaggio,
- l'istanza di un'architettura rispettosa del paesaggio, come pure
- il consumo parsimonioso di superfici,

e bloccare l'ulteriore dispersione di strutture insediative,

37. Attendono la concretizzazione dei principi di assetto territoriale in programmi e progetti interdisciplinari, locali e regionali, con obiettivi vincolanti di assetto territoriale, ad es.

- sviluppo degli insediamenti, in particolare destinazione di spazi insediativi appropriati,
- disimpegno di zone minacciate,
- disimpegno di aree possibilmente vaste da valorizzazione macrotecnologica,
- creazione di vaste aree di tutela e rispetto,
- garanzia del fabbisogno abitativo della popolazione locale,
- prevenzione di un'eccessiva presenza di seconde case,
- disimpegno delle aree di deflusso dei corpi d'acqua,
- sviluppo integrato dei trasporti, come pure
- tutela, salvaguardia e sviluppo della natura e del paesaggio,

38. Ritengono necessario redigere programmi e piani paesistici da integrare nei programmi e piani interdisciplinari locali e regionali,

39. Ritengono necessario sottoporre i singoli progetti territoriali ad una verifica tecnica, valutandone in un'ottica più marcata e complessa l'impatto ambientale, tenendo pienamente conto delle delicate condizioni specifiche dell'area alpina ampliando la lista dei progetti da sottoporre alla VIA,
40. Si adoperano affinché venga assicurata l'osservanza delle necessità dell'assetto territoriale e della protezione ambientale inserendo clausole relative nelle regolamentazioni tecniche,
41. Ritengono necessario elaborare quanto prima possibile un inventario comparato dell'attuale situazione ed un catalogo delle iniziative di miglioramento necessarie, da predisporre al più tardi entro la prossima Conferenza Internazionale delle Alpi dei Ministri dell'Ambiente,
42. Ritengono necessario
- definire in modo vincolante il contenuto e le modalità del coordinamento transfrontaliero in materia di assetto territoriale,
 - verificare in quale misura l'assetto territoriale debba essere oggetto di norme cogenti;

Tutela dell'aria dall'inquinamento

43. Convengono che per un'ulteriore drastica riduzione dell'inquinamento atmosferico
- è necessario procedere con determinazione comune a livello europeo in merito al trasporto delle emissioni

a grande distanza, tenendo in particolare conto del loro impatto alle altitudini alpine, superando gli standards delle disposizioni in materia di inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza per SO_2 e NO_x stabiliti dalla Convenzione di Ginevra,

- è necessario, considerando l'inquinamento provocato nella stessa area alpina, perseguire a termine possibilmente breve la migliore riduzione possibile delle emissioni di sostanze inquinanti secondo lo stato della tecnica,

e che è necessario utilizzare le energie fossili con maggiore razionalità ed efficienza per ridurre l'inquinamento atmosferico e per contribuire a ridurre l'effetto serra probabilmente particolarmente pericoloso per la sensibile area alpina,

44. Ritengono auspicabile, per un migliore accertamento del trasporto di sostanze inquinanti nell'aria, considerare maggiormente la struttura orografica, le condizioni climatologiche e meteorologiche delle Alpi e raffigurarle in modelli di simulazione,
45. Ritengono doveroso elaborare al più presto un inventario comparato dell'attuale situazione ivi compreso un bilancio dei trasporti delle emissioni transfrontaliere come pure un catalogo degli interventi a breve e medio termine, intervenendo presso le istituzioni competenti, nazionali ed internazionali, per conseguirne la realizzazione;

Tutela del suolo

46. Sono convinti che tutte le forme di utilizzo dei suoli e in particolare l'ulteriore sviluppo insediativo ed interventi infrastrutturali devono garantire una gestione razionale del suolo ed in aggiunta l'impiego di tecniche produttive agroforestali non dannose per il suolo,
47. Sono del parere concorde che è necessario intervenire a tutela del suolo, segnatamente per
- assicurare la protezione dei suoli conservando nell'intera area alpina attività economiche che, come l'agricoltura e silvicoltura adatte alle condizioni ecologiche del sito, contribuiscono a conservare e tutelare il suolo,
 - impedire alluvioni, frane, valanghe, smottamenti,
 - mantenere i mantelli vegetativi e ricostituirli, ove possibile ed opportuno, sulle superfici erose,
48. Ritengono necessario elaborare un inventario comparato dell'attuale situazione ed un catalogo delle iniziative di miglioramento necessarie,
49. Ritengono doveroso istituire catasti pedologici con criteri comuni o comparabili,
50. Ritengono necessario elaborare e definire impegnativamente direttive e standard di emissione comuni a tutela del suolo;

Gestione delle acque

51. Esprimono la loro convinzione che alla luce delle esigenze specifiche dell'area alpina in materia di approvvigionamento idrico, difesa delle acque, e conservazione naturalistica dei corpi d'acqua

- è necessario limitare al minimo possibile l'impermeabilizzazione di superfici ed altre iniziative in grado di aumentare ed accelerare il regime dei deflussi,
- è necessario applicare e perfezionare tecniche di costruzione idraulica possibilmente rispettose della natura ed ecologicamente compatibili,
- e necessario incentivare la renaturalizzazione e rivitalizzazione di corsi e specchi d'acqua,
- è necessario lasciare nella loro condizione naturale i corsi e gli specchi d'acqua ed eventualmente porli sotto tutela,

52. Ritengono assolutamente necessario che nell'area alpina

- l'utilizzo della forza idrica,
- il prelievo e l'invaso di acqua,
- il prelievo di materiali da corpi d'acqua

avvenga solo previa ampia verifica dell'impatto ecologico e soltanto in modo ecologicamente compatibile, garantendo in particolare un volume idrico minimo ecologicamente giustificato; aree di particolare sensibilità ecologica devono essere per principio escluse da utilizzazioni di questo tipo.

53. Ritengono indispensabile

- garantire e possibilmente intensificare la difesa delle falde acquifere e dei corpi d'acqua, e ridurre drasticamente il loro inquinamento in particolare da sostanze nutritive e residui di agenti fitosanitari,
- intraprendere sforzi maggiori per l'uso razionale di acqua e la conseguente riduzione del volume degli scarichi prodotti; smaltire gli scarichi secondo i migliori ritrovati della tecnica; collegare a medio termine tutti gli agglomerati insediati nelle Alpi a depuratori aventi questi standard; smaltire ed innocuizzare i fanghi di depurazione, definendo e rispettando criteri di prevenzione ecologicamente giustificati;

54. Ritengono assolutamente necessario considerare in tutti gli interventi la conservazione di un ecosistema alpino intatto quale importante risorsa di acqua potabile, e creare zone protette e di riserva idrica sufficientemente grandi e, ove necessario, anche transfrontaliere,

55. Ritengono necessario elaborare un inventario comparato dell'attuale situazione ed un catalogo delle iniziative di miglioramento necessarie,

56. Ritengono doveroso definire adeguate norme vincolanti;

Tutela della natura e salvaguardia del paesaggio, in particolare zone protette, protezione delle specie e dei biotopi

57. Esprimono la loro convinzione che per tutelare la natura e salvaguardare il paesaggio

- è urgentemente necessario elaborare principi vincolanti in materia di tutela della natura e salvaguardia del paesaggio,
- è necessario realizzare ed aggiornare una cartografia dei biotopi dell'intero territorio interessato con metodologie e parametri comparabili, sulla cui base devono essere protetti nel tempo i biotopi degni di tutela,
- è necessario rafforzare e coordinare la ricerca sulle dimensioni e cause della diminuzione delle specie e dei biotopi, e sulla ricostituzione, lo sviluppo e la tutela dei biotopi,
- è necessario elaborare programmi di tutela delle specie con obiettivi vincolanti ed interventi concreti per conservare la molteplicità biologica,
- è necessario istituire una rete rappresentativa di zone protette aventi contenuti di protezione comparabili nell'intera zona alpina, considerando in modo particolare le connessioni transfrontaliere,
- è necessario elaborare un inventario comparato dell'attuale situazione ed un catalogo delle iniziative di miglioramento necessarie,
- è necessario definire gli interessi relativi alla tutela della natura e salvaguardia del paesaggio aventi importanza transfrontaliera ove necessario in norme cogenti di diritto internazionale di portata maggiore delle esistenti;

Turismo

58. Convengono che è necessario armonizzare lo sviluppo del turismo e delle infrastrutture turistiche con le esigenze di tutela della natura e dell'ambiente, di sane condizioni biologiche ed economiche della popolazione locale, e di uno sviluppo equilibrato dell'area alpina nel suo complesso,
59. Sono dell'opinione che devono essere limitate o impedito le forme di turismo attivo particolarmente dannose per l'ambiente, stimolando invece attività turistiche che pregiudichino il meno possibile le basi vitali naturali,
60. Convengono di collaborare per il conseguimento di detti obiettivi, in particolare al fine di destinare vaste aree precluse all'attività turistica, di rinunciare all'utilizzazione di nuovi ghiacciai, ecosistemi e spazi paesistici particolarmente sensibili, come pure di ridurre l'impatto dovuto agli impianti delle stazioni di sport invernali e alle attività ricreative; questo comprende un divieto di attività ricreative particolarmente degradanti,
61. Ritengono necessario consentire il futuro potenziamento dell'infrastruttura turistica solo dopo una severa valutazione di impatto territoriale ed ambientale, limitando tale potenziamento qualitativo possibilmente ai centri esistenti e sottolineando la necessità di una concezione equilibrata per l'intera area alpina,
62. Ritengono necessario elaborare un inventario comparato dell'attuale situazione ed un catalogo delle iniziative di miglioramento necessarie,
63. Ritengono doveroso definire adeguate norme vincolanti;

Agricoltura alpina

64. Sono dell'opinione che l'agricoltura alpina e gli insediamenti rurali devono essere garantiti a lungo termine in una forma adeguata alla vita alpina per conservare e tutelare il paesaggio culturale dell'area alpina, e che oltre ad iniziative di carattere generale volte a migliorare le condizioni-quadro devono essere adottate precauzioni particolari che tengano conto delle peculiari esigenze ecologiche e delle condizioni economiche disagiati nella regione alpina interessata,
65. Attribuiscono a tale riguardo straordinaria importanza ai pagamenti diretti non legati alla produzione da erogare specialmente a titolo di risarcimento per prestazioni ecologiche e culturali,
66. Ritengono necessario creare fonti di reddito supplementari nell'azienda agricola oppure a distanza ragionevole, e potenziare le infrastrutture in modo rispettoso dell'ambiente,
67. Convengono di attuare uno scambio periodico di informazioni eccedente l'ambito attuale e riguardante iniziative e programmi, al fine di coordinare ampiamente gli interventi volti a stimolare un'agricoltura di spiccato tipo regionale e rispettosa dell'ambiente nelle regioni alpine,
68. Ritengono necessario elaborare un inventario comparato dell'attuale situazione ed un catalogo delle iniziative di miglioramento necessarie,

Foresta alpina

69. Sono convinti che, oltre alla drastica riduzione dell'inquinamento atmosferico, per conservare e sviluppare i boschi alpini in modo da permettere loro di adempiere alle loro funzioni tra cui la più importante è quella protettiva, sono necessarie in particolare le iniziative seguenti:

- attenuazione dell'andamento dei danni e rafforzamento della resistenza degli ecosistemi boschivi attraverso una selvicoltura naturalistica, specialmente scegliendo le essenze adatte all'habitat, mediante cure precoci, risanamento delle zone minacciate dall'erosione e ringiovanimento di boschi radi e invecchiati,
- creazione dei presupposti per un ringiovanimento naturale dei boschi, creando ad esempio un rapporto equilibrato tra foresta e selvaggina, separando il bosco dal pascolo, e, se necessario, limitando l'utilizzazione turistica,
- armonizzazione più intensa della realizzazione e utilizzazione dei sentieri forestali con le esigenze della natura e del paesaggio,
- limitazione dell'utilizzo di superfici forestali per scopi insediativi, industriali, del traffico o turismo e, se necessario, estensione delle superfici boschive,
- miglioramento delle condizioni-quadro delle aziende forestali, in particolare in collaborazione con l'agricoltura alpina, per incentivare la vendita e l'utilizzazione del legname e mantenere la struttura occupazionale tradizionale;

Traffico

70. Sono concordi nel ritenere che in vista della situazione del traffico e del suo prevedibile crescente volume futuro devono essere adottate iniziative a breve e medio termine, con i seguenti particolari obiettivi:

- ridurre l'impatto per l'uomo e l'ambiente dovuto al traffico nelle Alpi ed attraverso le Alpi,
- sviluppare ed introdurre con la massima celerità sistemi migliorati volti a ridurre ulteriormente, secondo lo stato della tecnica, le emissioni di tutti i tipi di veicoli a motore,
- utilizzare tutte le possibilità volte a migliorare l'offerta di mezzi pubblici ecologici, in particolare nei centri insediativi e nelle zone turistiche, e ad accrescere l'accettazione dei mezzi di trasporto pubblico,
- gestire in futuro gran parte del traffico merci transalpino sulla rotaia e col sistema combinato, attivando senza indugio i passi necessari per potenziare le attuali arterie ferroviarie, per creare nuovi percorsi ferroviari transalpini efficienti ed un numero sufficiente di terminali di carico e scarico merci in località che consentano il tempestivo transbordo sulla rotaia, stimolando nel modo più assoluto la competitività di questo sistema di trasporto,
- discutere modelli di un coordinamento più intenso dei vettori di traffico, per aumentare la loro capacità operativa, per razionalizzare i servizi di trasporto, e per ridurre il volume di traffico,

71. Invitano gli organi competenti in materia di traffico negli Stati alpini e la Commissione delle Comunità Europee a tener conto in modo particolare di queste necessità negli incontri riguardanti i problemi del traffico internazionale attualmente in corso,
72. Sottolineano la necessità di procedere su una linea comune concordata nell'ambito del traffico, considerando gli interessi di tutti gli Stati interessati e dell'integrazione europea,
73. Ritengono necessario elaborare un inventario comparato dell'attuale situazione ed un catalogo delle iniziative di miglioramento necessarie,
74. Sono concordi nel ritenere che è necessario elaborare e realizzare al più presto possibile una concezione complessa per lo sviluppo dei collegamenti di traffico transfrontalieri, integrando nelle decisioni della politica dei trasporti gli interessi generali della politica ambientale riguardo alle peculiarità dell'area alpina ed alle esigenze sovraregionali e regionali,
75. Ritengono necessario inasprire le disposizioni di controllo vigenti per il trasporto e lo stoccaggio di merci pericolose, e sviluppare tecnologie che producano o impieghino un volume possibilmente limitato di sostanze pericolose;

Approvvigionamento energetico

76. Convengono che sono necessarie ulteriori iniziative volte a potenziare nell'area alpina il risparmio energetico, l'utilizzo razionale dell'energia, l'impiego di

fonti energetiche poco inquinanti, come pure lo sviluppo e l'impiego di fonti energetiche rinnovabili,

77. Ritengono necessario effettuare un esame approfondito e preliminare sull'impatto ambientale dovuto alla costruzione di nuove centrali elettriche nell'area alpina, onde poter prendere le iniziative atte a ridurre al massimo le ripercussioni negative sull'ambiente,
78. Sottolineano che particolare attenzione deve essere attribuita al problema della distribuzione energetica rispettosa del paesaggio nell'area alpina,
79. Ritengono necessario ai fini dell'approvvigionamento di energia ecologica stabilire direttive generali vincolanti dal punto di vista della tutela dell'aria dall'inquinamento, della tutela della natura e del paesaggio, e per un potenziamento ecologico dell'utilizzazione dell'energia idrica nell'area alpina, ed elaborare un catalogo comune di iniziative volte ad attuare dette direttive;

Gestione dei rifiuti

80. Sono del parere che è necessario stimolare lo sviluppo di un censimento, riutilizzo e smaltimento dei rifiuti adeguato alle particolari esigenze topografiche, geologiche e climatiche dell'area alpina,
81. Convengono di intraprendere maggiori sforzi ed impiegare più mezzi per risanare inquinamenti preesistenti,
82. Convengono di intensificare la collaborazione internazionale per evitare l'invio incontrollato di rifiuti da uno Stato all'altro;

Basi dei dati

83. Ritengono necessario

- potenziare ed approfondire le informazioni riguardanti la situazione e lo sviluppo dell'ambiente e delle strutture nell'area alpina,
- utilizzare dopo la sua costituzione l'Agenzia Europea dell'Ambiente per l'intera area alpina per giungere a basi di dati sintonizzate; si reputa necessaria la costituzione di un sub-centro dell'Agenzia nell'area alpina,
- mettere a disposizione dati comparabili con l'aiuto di metodologie di misurazione paragonabili, includendo gli indicatori biologici, e tenendo conto della compatibilità con le strutture ed i sistemi esistenti, come ad es. il programma CORINE della Cee,
- tenere a disposizione e scambiarsi i risultati di misurazione per una valutazione dell'intero arco alpino,
- utilizzare in accordo e collaborazione reciproca le moderne tecnologie di rilievo e valutazione dei dati ambientali,
- definire maggiori dettagli in una concezione di collaborazione amministrativa;
- avvalersi anche a questi fini della cooperazione con le organizzazioni non governative;

Ricerca, educazione ambientale e informazione sull'ambiente

84. Ritengono necessario procedere ad un inventario della ricerca sulle Alpi negli Stati interessati, analizzando al riguardo in quali settori intensificare la ricerca, in quale misura è indispensabile potenziare le strutture di ricerca esistenti o realizzare strutture nuove dal punto di vista della ricerca alpina, ed in quale misura è necessario rafforzare la collaborazione interdisciplinare ed internazionale nell'interesse del coordinamento;
85. Intendono, nel quadro dell'inventario, definire disposizioni vincolanti ed interventi organizzativi armonizzati per
- documentare le risultanze della ricerca sulle Alpi ed i progetti di ricerca in corso,
 - fornire, con l'ausilio di moderne attrezzature tecniche ed istituzioni appropriate, una panoramica dei soggetti organizzatori di ricerca sulle Alpi, delle risultanze di ricerche disponibili, e dei progetti di ricerca in corso,
 - apportare contatti più intensi fra gli istituti di ricerca e le autorità per facilitare le decisioni su nuovi progetti di ricerca riguardanti le Alpi, la loro priorità, il loro finanziamento e coordinamento;
86. Sono dell'opinione che devono essere intensificati nei diversi ambienti linguistici e culturali dell'area alpina l'aggiornamento degli adulti, l'educazione ambientale nelle scuole e l'informazione soprattutto sulla cultura e l'ambiente;

Conseguenze e prospettive per la futura collaborazione

87. Convengono che, in ottemperanza ai criteri per la tutela dell'ambiente e la salvaguardia dello spazio vitale alpino, deve essere elaborata una convenzione-quadro nell'ambito della quale si definiranno gradualmente disposizioni vincolanti tra l'altro per i seguenti settori:

- pianificazione territoriale
- tutela del suolo
- gestione idrica
- tutela della natura e salvaguardia del paesaggio
- turismo
- trasporti
- approvvigionamento energetico;

88. Decidono di insediare un gruppo di lavoro di alti funzionari incaricato in particolare dei compiti seguenti,

- elaborare iniziative e raccomandazioni volte a realizzare le istanze contenute nella presente Risoluzione,
- studiare le modalità degli inventari necessari,
- elaborare un progetto di convenzione-quadro;

il gruppo di lavoro potrà costituire sotto-gruppi;

89. Ringraziano la Repubblica Federale Tedesca di aver organizzato la prima Conferenza Internazionale delle Alpi dei Ministri dell'Ambiente ed accolgono con favore l'offerta del governo della Repubblica Austriaca di assumere la presidenza di questo gruppo di lavoro e l'invito per la seconda Conferenza Internazionale delle Alpi dei Ministri dell'Ambiente da tenersi nel 1991.

11. Oktober 1989

Erstes Arbeitsprogramm für die Gruppe hoher Beamter

Die Gruppe hoher Beamter wird beauftragt, zur Durchführung der Resolution der Internationalen Alpenkonferenz der Umweltminister vom 9. - 11. Oktober 1989 in Berchtesgaden mit Priorität folgende Aufgaben in Angriff nehmen:

1. Ausarbeitung des Entwurfs einer Rahmenkonvention.

2. Für die Bereiche

- Naturschutz und Landschaftspflege unter Beachtung der wasserwirtschaftlichen Bedingungen
- Verkehr
- Tourismus
- Berglandwirtschaft

sind Entwürfe für erste verbindliche Regelungen unter Einbindung in ein Raumordnungskonzept vorzubereiten, die im Rahmen der Konvention zu erlassen sind; dabei sind im Bereich Naturschutz unter anderem die Grundsätze einer rationalen Nutzung freilebender Arten über die nationalen Grenzen hinaus abzustimmen.

Festlegung von Freizeitaktivitäten, die dem Verbot oder der wesentlichen Einschränkung gemäß Ziffer 59 unterliegen sollen; besondere Beachtung ist dabei unter anderem Motorsportveranstaltungen und dem Helikopter-skiing zu widmen.

3. Erarbeitung von Beiträgen und Vorschlägen für die Berücksichtigung der Umweltbelange bei der Entwicklung grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen und Verkehrssysteme (Ziffer 70).

Bezüglich der Anforderungen an die Emissionen von Lastkraftwagen und Bussen soll die Arbeitsgruppe die besten verfügbaren Techniken zugrunde legen. Nach Ansicht der Delegationen der Bundesrepublik Deutschland, Liechtensteins, Österreichs und der Schweiz ist danach von folgenden Werten auszugehen:

- bei gasförmigen Emissionen Verschärfung von bisher 14,4 g/kwh NO_x auf 9 g/kwh bis 1991 und auf 7 g/kwh bis 1995,
 - bei Partikelemissionen (Ruß) erstmalige Einführung eines Grenzwertes von 0,35 g/kwh bis 1991 und 0,15 g/kwh bis 1995 (schnellstmögliche Einführung eines Rußfilters bei Lkw und Bussen),
 - bei Lärmemissionen von 80 db(A) für Lkw über 150 kwh.
4. Entwicklung einheitlicher Grundlagen für vergleichende Bestandsaufnahmen (Ziffer 88) und Erarbeitung solcher Bestandsaufnahmen; Erarbeitung eines einheitlichen Statusberichts für die Alpen einschließlich einer Bilanz des überregionalen Austauschs von Luftschadstoffen.
5. Erarbeitung detaillierter Kataloge von Verbesserungsmaßnahmen für die Bereiche, für die dies in der Resolution gefordert wird (Ziffern 41, 45, 48, 55, 57 (6. Anstrich), 62, 68, 73 und 84).
6. Erarbeitung von Vorschlägen
- für die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Behörden und Institutionen auf allen Ebenen sowie mit den nichtstaatlichen Organisationen,
 - für die Institutionalisierung der Zusammenarbeit.

7. Ausarbeitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Entscheidungen der Alpenkonferenz der Umweltminister.
8. Mitwirkung bei der Vorbereitung der nächsten Internationalen Alpenkonferenz der Umweltminister.